

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Sommer
2015

EDITORIAL



von Sarah Buddeberg

Ein wichtiger Tag

Nach einem langen Wahlkampf ist die Entscheidung gefallen: Dirk Hilbert konnte sich gegen unsere Kandidatin Eva-Maria Stange durchsetzen. Es ist überflüssig zu sagen, dass ich mir einen anderen Wahlausgang gewünscht habe. Nun liegt umso mehr Last und Verantwortung auf den neuen Beigeordneten, die sich in den kommenden 7 Jahren gegen einen Oberbürgermeister der FDP durchsetzen müssen.

Ich möchte mich bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die sich für Eva-Maria Stange eingesetzt, Plakate gehängt, Infostände betreut, Flyer verteilt, im Bekanntenkreis geworben und sich aktiv im Wahlkampf eingebracht haben. Und auch wenn Wahlkämpfe immer anstrengend sind, schweißen sie auch zusammen, was diesmal insbesondere auch für die Zusammenarbeit mit den Grünen, der SPD und den Piraten in den Stadtvierteln erfreulich gut funktioniert hat.

Aber neben der OB-Wahl gab es an diesem Sonntag noch eine weitere Entscheidung: In Griechenland haben 61% der Bevölkerung mit ihrem „OXI“ die linke Regierung gestärkt, trotz massiver Diffamierungskampagnen gegen Tsipras und Varoufakis. Damit haben sie Schäuble, IWF-Direktorin Lagarde, Kommissionspräsident Juncker und EZB-Präsident Draghi deutlich gezeigt, dass die von der Troika aufgezwungene Sparpolitik - die zu einem massiven Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit geführt hat - nicht gegen die Bevölkerung so weiter betrieben werden kann.

So bedauerlich der Wahlausgang in Dresden ist, so erfreulich war doch dieses „OXI“ in Griechenland.

In dieser Ausgabe finden sich außerdem Berichte über die aktuelle Situation im Stadtverband, zur BRN und zum Westhangfest, eine Wahlanalyse und Beiträge von unseren Bundestags- und Europaabgeordneten.

sarah.buddeberg@dielinke-dresden.de
www.sarah-buddeberg.de

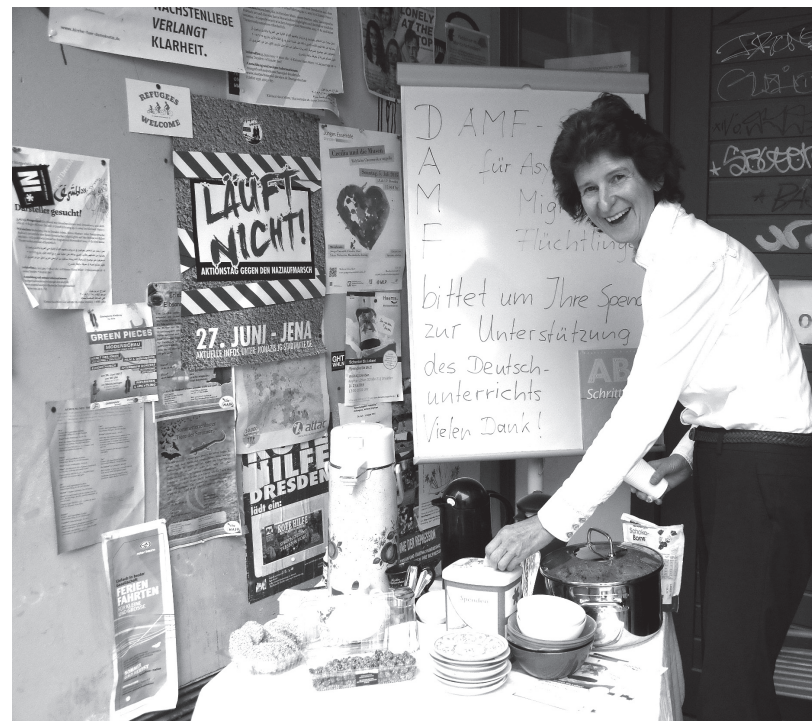
Danke für die tolle Unterstützung!

von Eva-Maria Stange

Die Oberbürgermeisterwahl in Dresden gehört der Vergangenheit an. Die Wählerinnen und Wähler haben sich für Kontinuität in der Stadtpolitik entschieden. Ein nicht unerheblicher Teil scheint aber vor allem eine Wahl gegen die rot-grün-rote Stadtratsmehrheit - verstärkt durch eine OBM in des Bündnisses - getroffen zu haben. Mit immerhin 44% der Wählerstimmen für das von SPD/LINKEN/Grünen/Piraten unterstützte Wählerbündnis „Gemeinsam für Dresden“ wird allerdings auch deutlich, dass es einen beachtlichen Teil der Dresdner Bürgerinnen und Bürger gibt, die Veränderungen wollen. Dresdner, die mehr Gerechtigkeit und Bürgernähe, Weltoffenheit und Toleranz, aber auch ein modernes Dresden wollen - ein Dresden, das seine wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale, die Kreativität seiner Bürgerinnen und Bürger besser nutzt. Daran wird auch der neue Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) nicht vorbei kommen. Es bleibt abzuwarten, wie er seinen Wahlslogan „vereinen statt spalten“ unter den Bedingungen der Stadtratsmehrheiten und einer veränderten Bürgermeisterriege umsetzen wird.

Nach anstrengenden und interessanten Wochen des Wahlkampfes und unzähligen Bürgergesprächen in den Stadtteilen und thematischen Diskussionsrunden steht für mich fest, dass unsere Themen im Wahlkampf richtig gesetzt waren. Ob die soziale Spaltung der Stadt oder bezahlbares Wohnen, ob Asylpolitik oder echte Bürgerbeteiligung - viele Menschen wünschen, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und haben Sorge, dass Dresden die Zukunft verschläft.

Ich möchte mich bedanken, bei allen, die mir das Vertrauen geschenkt haben und in einem wunderbaren Bündnis von überparteilicher Wählerinitiative, Mitgliedern und Sympathisanten der Parteien DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Piratenpartei und der SPD zahlreiche gemeinsame Aktionen geplant und durchgeführt haben. Schon dieses ungewöhnliche Bündnis passt nicht in das Klischee „links“ hinein.



Gemeinsam mit Katja Kipping, Annetrin Klepsch, Sarah Buddeberg und weiteren Blutspendewilligen in der Neustädter Wir AG unterstützte Eva-Maria Stange die Arbeit von DAMF: Für die Verbesserung des Deutschunterrichts für Asylsuchende, Flüchtlinge und Migranten
Foto: Uwe Schaarschmidt

Veranstaltungen mit Gregor Gysi einerseits oder Olaf Scholz, Christian Ude (21 Jahre OBM von München) und Katrin Göring-Eckardt andererseits zeigen das breite Spektrum der Bündnispartner ebenso wie die Unterstützung von zahlreichen Akademikern und Akademikerinnen. Besonders gefreut habe ich mich auch über das klare Bekenntnis des ehemaligen Ausländerbeauftragten Herrn Gillo (CDU). Uns eint die deutliche Ablehnung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit und die Unterstützung der Initiativen für ein weltoffenes und tolerantes Dresden wie z.B. Dresden für Alle oder die Initiative Willkommen in Dresden der Kulturschaffenden.

Ich war sehr dankbar, diese großartige und breite Unterstützung erhalten zu haben und kann nur sagen: Wir haben gemeinsam einen ganz besonderen Wahlkampf gemeistert. Sicher ist der eine oder andere enttäuscht, dass es am Ende nicht für den Sieg gereicht hat. Aber vergessen wir nicht, dass Dresden über fast 25 Jahre von CDU und FDP regiert und im politischen

Stil bestimmt wurde. Mit der Kommunalwahl 2014 wurde erstmals der Boden bereitet für eine Änderung der Stadtpolitik. Noch konnte die Kooperation von LINKEN, SPD, Grünen und Piraten nicht unter Beweis stellen, dass ihre Politik der Entwicklung der Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern gut tut. Manch einer vor allem im Bereich der Wirtschaft hat Angst davor, dass seine Interessen nicht ausreichend Berücksichtigung finden könnten. Der neue Oberbürgermeister Dirk Hilbert und ehemals Wirtschaftsbürgermeister muss nun beweisen, dass er die bisherigen Defizite auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt schließen kann.

Ich werde mich auch in Zukunft als Abgeordnete des Sächsischen Landtags im Dresdner Westen und als Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst für die Belange der Bürgerinnen und Bürger engagieren.

Ihre Eva-Maria Stange



Veranstaltungsreihe Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Kreatives Sachsen

von Magnus Hecht

Worüber sprechen wir?

Als Erfinder des Begriffes der Kultur- und Kreativwirtschaft gilt der kanadische Professor Richard Florida. Er hatte mit dem Buch „Der Aufstieg der kreativen Klasse“ den Grundstein für eine neue Betrachtung der Industriebranchen gelegt. Er hat Menschen, die als Beruf „Kreativ-Sein“ haben, als eine Gruppe zusammen gefasst. Er konnte darlegen, dass diese, egal, ob sie beispielsweise als Designer*in, als Programmierer*in, in der bildenden Kunst oder als Autor*in arbeiten, gleiche Voraussetzungen für ihre Kreativität benötigen: Technologie, Talent und Toleranz. Wo diese drei Dinge gepflegt werden, fühlen sich Kreative wohl und siedeln sich an. Ansonsten ziehen sie schnell wieder weg. Ihre Arbeitsweise unterscheidet sich von denen der Industriearbeiterschaft und anderer Dienstleister. Kreativität kann nicht auf Knopfdruck abgerufen werden, sondern braucht Inspiration. Dementsprechend sind Arbeitszeiten, Arbeitsorte und -methoden teilweise völlig anders.

Die Kreativwirtschaft und der postfordistische Kapitalismus

Die Soziologin Dr. Alexandra Manske brachte in ihrem Vortrag die besondere

Ambivalenz der Kultur- und Kreativwirtschaft zum Ausdruck. Einerseits sind die Kreativen froh, ihr Talent benutzen zu können und sich dadurch selbst zu verwirklichen. Andererseits tun sie dies in der Regel in einem selbstausbeuterischen Geschäftsmodell und leben dauerhaft prekär. Und das ist kein Zufall, da im postfordistischen Kapitalismus die Arbeitsbedingungen generell neu definiert werden. Den klassischen Arbeiter, der gelernt hat, sich selbst zu organisieren gibt es hierzulande immer weniger. Dagegen steigt die Anzahl derjenigen, die 24 Stunden am Tag zur Verfügung stehen, beweglich sind, sich über ihre Tätigkeit freuen und bereit sind zu den schlechtesten Konditionen zu arbeiten. So stellen die Kreativen ein Rollenmodell der Arbeiter*in im modernen Kapitalismus dar. Doch selbst, wenn diese Erkenntnis langsam immer klarer wird, stellt sich die Frage:

Wovon sollen Künstler*innen leben?

Diese Frage war der Ausgangspunkt für die zweite Veranstaltung, bei der Prof. Schieferdecker vom Künstlerbund Dresden und der Filmemacher Ralf Kukula eingeladen waren. Beide schilderten den Kampf des kreativ Tätigen auch durch

verschiedene biographische Phasen hindurch. Interessant waren dabei die unterschiedlichen Erfahrungen in der DDR, der unmittelbaren Nachwendzeit und heutzutage, nach dem Ende der Geschichte. Heutzutage ist der künstlerische oder kreative Beruf mehr denn je mit Risiken behaftet. Altersarmut könnte in dieser Branche zum Massenphänomen werden.

Kreativität geht auch außerhalb urbaner Zentren

Für den letzten Termin sind die Veranstalter nach Schneeberg gefahren und haben nach Unterschieden zwischen den Bedingungen von Kreativen in den urbanen Zentren und im ländlichen Raum gefragt. Natürlich gibt es dort ebenfalls eine vielfältige Szene. Und Dr. Sönke Friedrich vom Sächsischen Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde konnte darlegen, wie das traditionelle erzgebirgische Kunsthandwerk schon lange, aber eben anders als in der Stadt, ein wirtschaftlicher Faktor ist. Den drei T von Richard Florida setzte er das vierte, das der Tradition zur Seite. Der Bildhauermeister Hartmut Rademann aus Schwarzenberg schilderte eindrücklich seinen Versuch, zwischen kommerziell verwertbaren Ideen und Selbstverwirklichung authentisch zu bleiben. Der

ländliche Raum hat also besondere Schwierigkeiten, Kreative anzulocken, beziehungsweise zu halten. Aber gerade die Frage nach bezahlbarem Raum und inspirierenden Orten ist dort weniger ein Problem als in der Stadt.

Und nun?

Die gesammelten Anregungen, wie politisch auf Probleme der Kreativen reagiert werden könnte, müssen nun auch aufbereitet werden. Das alternativ-kreative Milieu braucht linke Politik als Partner. Denn es geht hier um mehr als um eine große Branche, es geht um die Blaupause, wie sich Arbeitsverhältnisse im Kapitalismus fort entwickeln können. Die Kreativen sind demnach erst der Prototyp für weitere Ausbeutungsmechanismen. Selbstausbeutung und Selbstverwirklichung gehen Hand in Hand. Nur eine Organisation der Akteure untereinander und ein Verständnis der Ausnutzung im Kapitalismus kann zu einer Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen führen. Linke Kreative könnten in dieser Vernetzung und Aufklärung eine Aufgabe sehen.

Noch immer ist die Schule neben dem Fußballstadion der größte Platz für Homophobie

Modernisierung des Sexualkundeunterrichts

von Sarah Buddeberg

Seit 10 Jahren wurde keine Modernisierung des Lehrplans für Sexualpädagogik an sächsischen Schulen mehr vorgenommen. Dabei hat sich in der Forschung, der Didaktik und der Lehrmethoden einiges getan. So gibt es Untersuchungen und Befragungen von Jugendlichen zur sexuellen Vielfalt und vielfältigen Lebensweisen. Die Ergebnisse sind erschreckend. Weit mehr als die Hälfte der Jugendlichen, die selbst schwul oder lesbisch sind, berichten von Mobbing-Erfahrungen in der Schule. Dabei reicht die Palette von Schimpfwörtern und Hänseleien über Ausgrenzung bis hin zu körperlicher Gewalt. Lehrkräfte schreiten in den wenigsten Fällen ein, schlimmer noch, häufig lachen sie sogar mit.

Jugendliche, die selbst nicht heterosexuell sind, wechseln sechs Mal häufiger die Schule, aufgrund von Mobbing, das Selbstmordrisiko ist um ein vier- bis sechsfaches höher als bei heterosexuellen Jugendlichen. Jugendliche leben in der Schule in einer Atmosphäre von Ausgrenzung – entweder sie selbst werden aufgrund ihrer sexuellen Identität ausgegrenzt oder aber, wenn sie selbst heterosexuell sind, erleben sie, wie das anderen Kindern in der Klasse passiert. Die Schule wird als der homophobste Ort nach Fußballstadien eingeordnet.

An dieser Situation müssen wir dringend etwas ändern. Denn gerade in der Schule sollen Kinder und Jugendliche neben den fachlichen Inhalten den Umgang miteinander lernen, gegenseitige Wertschätzung und Respekt, die Akzeptanz von

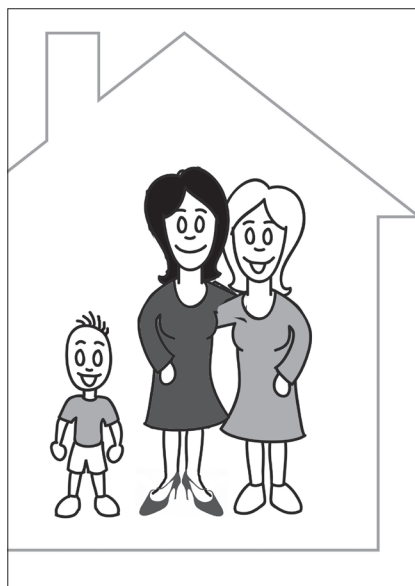
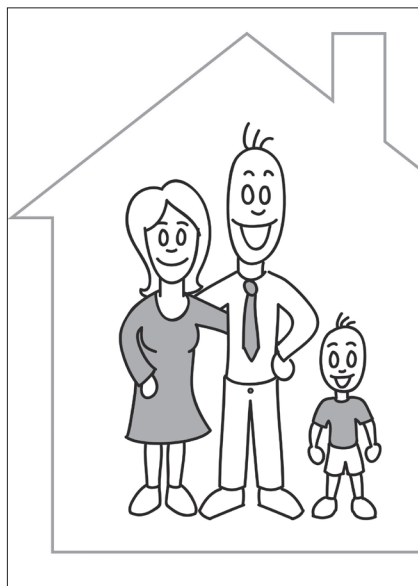


Foto: bschpic / pixelio.de, Grafik: mk

Vielfalt, das Leben in der Gemeinschaft. Wie die oben dargestellten Untersuchungsergebnisse zeigen, ist die Schule derzeit vielmehr ein Ort, an dem sich Jugendliche verstecken müssen, sich nicht trauen, ihre Identität zu zeigen, erleben, dass es ganz normal ist, andere auszugrenzen bzw. selbst ausgegrenzt zu werden. Ein erster Schritt, um an dieser unhaltbaren Situation etwas zu ändern, ist natürlich ein konsequentes Einschreiten von Lehrkräften gegen Mobbing und die Wissensvermittlung. Dazu gehört aber auch, im Sexualkun-

deunterricht vielfältige Lebensweisen zu thematisieren und deutlich zu machen, dass Menschen ganz unterschiedlich leben und ganz unterschiedliche Beziehungen führen. Sexualkundeunterricht soll sich zudem viel mehr öffnen und nicht nur – wie aktuell der Fall – biologisch-funktionale Abläufe darstellen, sondern Sexualität einbetten in Themen wie Liebe, Beziehung, Emotionen, Trennung, Verantwortung für Kinder usw. Hierfür ist eine deutlich stärkere Sensibilisierung der Lehrkräfte gegen Mobbing notwendig sowie fachliche Fortbildungen bzw. Erweiterungen im Lehramtsstudium.

Denn Kinder und Jugendliche leben selbst in ganz unterschiedlichen Familienkonstellationen: mit zwei Eltern, mit einem Elternteil, in Patchworkfamilien oder eben auch in Regenbogenfamilien. Diese Realität muss sich auch im Schulunterricht widerspiegeln.

Um daran etwas zu ändern, haben wir im Juni-Plenum des Landtages unseren Antrag zur Modernisierung des Sexualkundeunterrichts eingebracht. Ein ähnlicher Antrag hat vor wenigen Jahren in Baden-Württemberg für große Aufregung gesorgt und zahlreiche Demonstrationen von Eltern auf den Plan gerufen. Entsprechend aufgeregt waren die Medienanfragen auch zu unserem Antrag. Zahlreiche Zeitungen, Radios und Fernsehsendungen baten um ein Interview für einen Beitrag. Diese Aufregung hatten wir zwar im Vorfeld schon eingepulst, dennoch ist sie eher unverstän-

Denn dass Kinder in der Schule gemobbt werden, kann doch niemand befürworten. Auch die Schule kommt um die gesellschaftliche Realität nicht herum.

Leider ist die Koalition aus CDU und SPD unserem Antrag nicht gefolgt, es folgen also weitere schwere Jahre für Jugendliche, die auch weiterhin täglich einer Situation von Diskriminierung und Ausgrenzung ausgesetzt sind.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, in der Schule allen Jugendlichen ein angst- und diskriminierungsfreies Lernen zu ermöglichen.

Kein Erfolg, aber auch kein Desaster

Der neue Oberbürgermeister in Dresden heißt Dirk Hilbert, daran muss man sich wohl erst gewöhnen. Noch zu Beginn des Jahres hat kaum jemand ihn als den gewählten Amtsnachfolger von Helma Orosz gesehen.

von Jens Matthis

Bei politischen Beobachtern, aber auch bei den meisten politischen Akteuren galt als ausgemacht, dass die Entscheidung zwischen Markus Ulbig (CDU) und Eva-Maria Stange (Gemeinsam für Dresden: DIE LINKE, B90/GRÜNE, SPD, Piraten) fallen würde. Das entsprach dem Muster bisheriger Dresdner OB-Wahlen, beiden denen ein zersplittertes (1994, 2008) oder geeintes (2001) „linkes Lager“ jeweils einer hegemonialen CDU-Kandidatur (1994, 2001 Herbert Wagner; 2008 Helma Orosz) gegenüber stand. Gegen eine zersplitterte Linke gewann jeweils die CDU, während sie geeint mit Ingolf Roßberg 2001 erfolgreich war.

Daraus folgend waren die Erwartungen an die vom gesamten linken Spektrum getragene Kandidatur von Dr. Eva-Maria Stange sehr hoch.

Rückenwind bekam dieser Optimismus zum einen durch den Wahlerfolg von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten bei der Stadtratswahl 2014 und der daraus resultierenden rot-grün-rot-orangen Stadtratsmehrheit.

Zum anderen schien, in Umkehrung bisheriger Verhältnisse, einer „geeinten Linken“ eine „zersplitterte Rechte“ aus Ulbig (CDU), Hilbert (de facto FDP), Vogel (AfD) und Festerling (PEGIDA) gegenüberzustehen.

Daran gemessen war das Ergebnis eine große Enttäuschung. Weder konnte „Gemeinsam für Dresden“ mit der Kandidatin Eva-Maria Stange auch nur annähernd an den Wahlerfolg bei der Stadtratswahl anknüpfen (1. Wahlgang: 79.583 Stimmen, 2. Wahlgang: 81.317 gegenüber ca. 116.000 Wähler der vier unterstützenden Parteien 2014 -Potenzial wurde nur zu ca. 70% ausgeschöpft), noch führte die Zersplitterung des Mitte-Rechts-Lagers zu dessen Schwächung. Im Gegenteil: Hilbert, Ulbig, Vogel und Festerling konnten im 1. Wahlgang zusammen 136.933 Wähler gewinnen gegenüber ca. 102.000 Wählern bei der Stadtratswahl auf der eher rechten Seite.

Die etwa gleichgroßen Differenzen von ca. -35.000 auf der linken und ca. +35.000 Wählern auf der rechten Seite legen nahe, dass es sich nicht nur um eine unterschiedliche Mobilisierung auf beiden Seiten handelt, sondern dass auch eine „echte Wählerwanderung“ stattgefunden hat.

Dass diese Wählerwanderung von Rot-Grün-Rot-Orange zu den Kandidaten Ulbig (CDU) und Vogel (AfD) stattgefunden hat, ist nicht nur politisch unwahrscheinlich, dagegen spricht auch, dass beide deutlich weniger Stimmen erhielten als ihre Parteien 2004, jeweils ungefähr die Hälfte

Blieben Festerling und Hilbert: Um einen eventuellen Zusammenhang festzustellen, kann man stadtteilweise die Wahlerfolge der KandidatInnen mit den Wahlergebnissen von 2014 vergleichen und den statistischen Zusammenhang feststellen.

Für alle in der Statistik nicht Bewanderten: $R^2=1,0$ würde bedeuten, dass es einen zwingenden Zusammenhang zwischen beiden Werten und keinerlei andere Einflussfaktoren gibt; $R^2=0,0$ hieße wiederum, dass es überhaupt keinen statistischen Zusammenhang gibt. $R^2=0,5111$ ist bereits ein sehr deutlicher statistischer Zusammenhang.

Der Zusammenhang ist eindeutig negativ – das heißt: Je stärker Rot-Rot-Grün-Orange bei der Stadtratswahl im Stadtteil war, umso schlechter hat jetzt Frau Festerling in diesem Stadtteil abgeschnitten. Einen nennenswerten Zuwachs aus dem „linken Lager“ hat sie jedenfalls nicht bekommen.

Anders jedoch Dirk Hilbert: Seine Wahlkampfstrategie, sich als Kandidat der Mitte zu präsentieren, war offensichtlich erfolgreich. Die FDP-Stammwählerschaft hat sicher am wenigsten zu seinem Erfolg beigetragen. Vielmehr konnte er fast die Hälfte der CDU-WählerInnen bereits im ersten Wahlgang an sich binden und darüber hinaus auch in das „linke Lager“, insbesondere in die SPD-Wählerschaft einbrechen. Anders als bei LINKEN- und Grünen-WählerInnen von 2014, bei denen ein eindeutig negativer Zusammenhang zur Hilbert-Wählerschaft zu erkennen ist (je besser 2014 Grüne bzw. LINKE im Stadtteil, desto schwächer jetzt Hilbert), gibt es bei SPD-WählerInnen einen zwar schwachen, aber dennoch positiven Zusammenhang. (Je stärker 2014 die SPD, desto stärker jetzt auch Hilbert; $R^2=0,1174$)

Letzteres mag paradox erscheinen, stand doch gerade eine SPD-Frau als gemeinsame Kandidatin zur Wahl. Dabei sollte man jedoch bedenken, dass die SPD 2014 nicht nur von SPD-Stammwählern gewählt wurde, sondern auch Nichtwählerpotential in der politischen Mitte aktivierte.

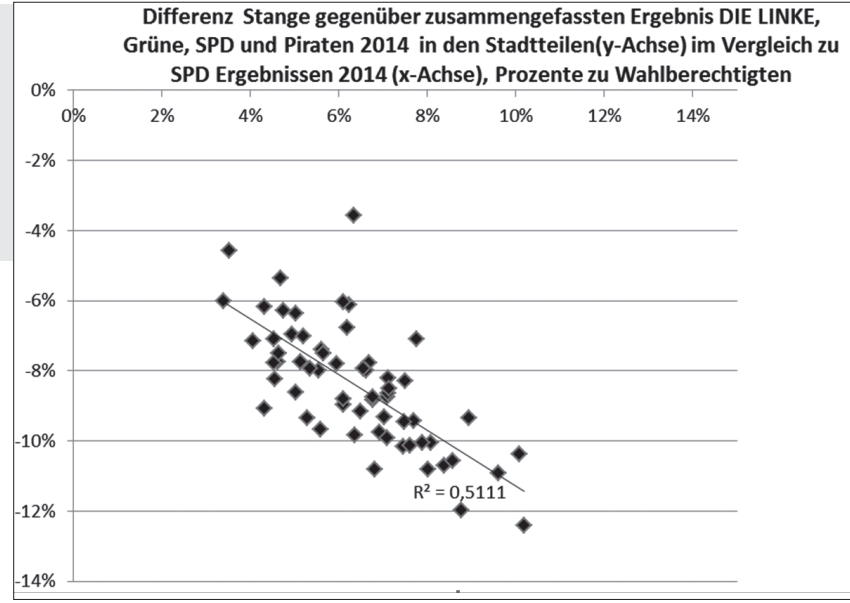
Das beschriebene Phänomen kommt jedoch besonders deutlich zum Ausdruck, wenn die Differenzen in den Stadtteilen zwischen den RGRO-Ergebnissen und den Ergebnissen von Eva-Maria-Stange ins Verhältnis zu den SPD-Werten von 2014 setzt: Je stärker 2014 die SPD, desto tiefer jetzt der Einbruch von E.M. Stange.

Zwar gibt es auch bei den Grünen diesen Zusammenhang, aber im viel geringeren Maße ($R^2=0,1278$), bei der LINKEN ist er mit $R^2=0,0306$ praktisch nicht vorhanden. Scheinbar konnten die LINKE-WählerInnen von 2014 wesentlich besser erneut aktiviert werden.

Zusammengefasst also drei Ursachen für das Ergebnis des ersten Wahlgangs:

1. Durch insgesamt vier Kandidatinnen, insbesondere aber durch den Mitte-Kandidaten Dirk Hilbert und die Rechtsaußen-Kandidatin Festerling konnten WählerInnen mobilisiert werden, die 2014 nicht an der Stadtratswahl teilgenommen hatten.

2. Im ungefähr gleichen Umfang konnten WählerInnen, die 2014 DIE LINKE, Grüne, SPD oder Pi-



raten gewählt hatten nicht für Eva-Maria Stange mobilisiert werden.

3. Ein nennenswerter Teil der RGRO-WählerInnen, insbesondere aber der SPD-WählerInnen von 2014, unterstützte bereits im 1. Wahlgang Dirk Hilbert.

Insbesondere hinsichtlich des zweiten und dritten Punktes muss man sich natürlich nach den tieferen Ursachen fragen.

Zum einen hat es zweifellos erhebliche konzeptionelle, organisatorische und technische Fehler in der Wahlkampagne gegeben, die hier aber nicht weiter erörtert werden sollen. Man würde damit wahrscheinlich schnell bei wechselseitigen Schuldzuweisungen landen.

Es gab darüber hinaus ein Kommunikationsproblem, welches allen Stange-UnterstützerInnen zu schaffen machte:

Menschen, die mit der fest konstituierten rot-grün-rot-orangen Stadtratsmehrheit unzufrieden waren bzw. deutlich mehr erwartet hätten, waren sicher schwer zu motivieren, deren OB-Kandidatin zu wählen.

Andererseits: Demjenigen, der die politischen Veränderungen des letzten Jahres positiv oder zumindest wohlwollend bewertet hat, war kaum noch klarzumachen, warum RGRO auch noch die OB stellen muss, wenn bis dato die Stadtratsmehrheit offensichtlich ausreichend und erfolgreich war.

Die Tendenz zum politischen Ausgleich wirkte tendenziell gegen Eva-Maria Stange. Dass Dirk Hilbert den zwei-

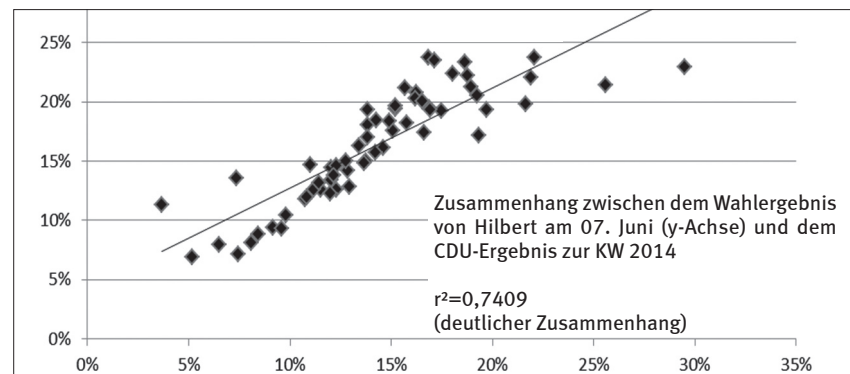
ten Wahlgang deutlich gewann, war angesichts der Zahlen im ersten Wahlgang kaum überraschend.

Nur allergrößte Optimisten konnten auf einen Stange-Sieg hoffen, dennoch war es politisch richtig, durch nochmalige Wahlkampfanstrengungen für ein mit 44% letztlich respektables Wahlergebnis zu sorgen.

Die eigentliche Grundlage des Hilbert-Erfolges war das Debakel der CDU im ersten Wahlgang. Die CDU erreichte nur reichlich die Hälfte ihres ohnehin bis dato schwächsten Wähleranteiles. Nicht einmal jede/r zwölfte Dresdner/in wählte den CDU-Kandidaten. Die verlorenen WählerInnen entschieden sich für Hilbert.

Hätte es diese massive Abwanderung von CDU-WählerInnen nicht gegeben, wäre Hilbert nach dem ersten Wahlgang sicher als nur Dritter ausgeschieden. In diesem hypothetischen Falle wären seine WählerInnen aus dem „linken Lager“ sicher im 2. Wahlgang eher zu Stange gewandert oder zu Hause geblieben. Eine Mehrheit für Ulbig hätte es sicher nicht gegeben. Insofern hat paradoxerweise das CDU-Debakel im 1. Wahlgang auch zur Niederlage von Eva-Maria Stange im 2. Wahlgang geführt.

Fazit: Nach der klaren linken Stadtratsmehr 2014 haben sich die DresdnerInnen jetzt für einen Oberbürgermeister der „Mitte“ und des wohl erhofften Ausgleiches entschieden. Damit werden jetzt alle die nächsten sieben Jahre umzugehen haben.



Liebe Genossinnen und Genossen,

am Dienstag, 7. Juli, hat ein außerordentlicher Stadtparteitag stattgefunden. Unsere Aufgabe war es, ein Votum für die beiden durch uns zu besetzenden Beigeordneten abzugeben. Für den Geschäftsbereich 4 - Kultur und Tourismus - bewarben sich Annetrin Klepsch und Jürgen Stäbener. Für den Geschäftsbereich 5 - Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen - bewarben sich Dr. Kristin Kaufmann und Falk Neubert. Auf diesem Parteitag ist die Entscheidung gefallen, der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat für die Wahl der zukünftigen Kulturbürgermeisterin Annetrin Klepsch und für die Wahl der zukünftigen Sozialbürgermeisterin Dr. Kristin Kaufmann vorzuschlagen. Wir wünschen beiden für die anstehenden Aufgaben und die Verantwortung in der Stadt viel Erfolg, Durchsetzungsvermögen und werden natürlich beide nach Kräften unterstützen.

Am 8. Juli gaben Tilo Kießling und Annetrin Klepsch ihren Rücktritt als Vorsitzende des Stadtverbandes bekannt. Annetrin hatte bereits bei der Sitzung des erweiterten Vorstandes am 2. Juli angekündigt, im Fall ihrer Nominie-

rung den Stadtvorsitz niederzulegen. Tilo hatte sich schon länger mit dem Gedanken getragen. Nachdem nun alle Wahlkämpfe durchgeföhrt sind, möchte er für eine Neuorientierung Raum geben und tritt deshalb als Vorsitzender zurück.

Wir, Sarah Buddeberg und Jens Matthis, nehmen als stellvertretende Vorsitzende derzeit die Aufgaben der Vorsitzenden wahr. Am Dienstag, den 14. Juli, traf sich planmäßig der Stadtvorstand, um über die aktuelle politische Situation und die weitere Verfahrensweise zu beraten. Trotz begonnener Sommerpause waren die Teilnahme an der Sitzung sowie die Diskussion rege.

Im Ergebnis verständigte sich der Stadtvorstand darauf, **am Montag, den 31. August 2015 um 18 Uhr eine Basis-konferenz im Haus der Begegnung durchzuführen**. Hier soll allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, mit uns zur OB-Wahl, zum Nominierungsparteitag sowie zur Vorbereitung des Stadtparteitags im Herbst zu diskutieren. Mit Blick auf die nächsten Jahre wollen wir in einen gemeinsamen Kommunikationsprozess darüber treten, wie

wir als Stadtverband arbeiten wollen, wo es Handlungs- und Verbesserungsbedarf gibt und wie sich möglichst alle Genossinnen und Genossen an politischen Prozessen beteiligen können.

Weiterhin hat der Stadtvorstand Ulrich Reinsch beauftragt, für **Ende Oktober/Anfang November** einen geeigneten Raum für den geplanten **Stadtparteitag** zu finden, auf dem turnusmäßig der neue Stadtvorstand gewählt wird. Den Beschluss über den konkreten Termin **wird der Stadtvorstand auf seiner nächsten Sitzung am 25. August 2015**

fassen. Natürlich werden wir das Datum danach umgehend veröffentlichen.

Wir möchten uns bei Anne und Tilo für die geleistete Arbeit bedanken. Hinter uns liegt eine von Wahlkämpfen geprägte Zeit. Auch wenn nicht alle gewonnen werden konnten, haben wir eine Gestaltungsmehrheit in der Stadt. Nun gilt es nach vorne zu schauen und die anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern.
Sarah Buddeberg
Jens Matthis
amtierende Stadtvorsitzende

LINKE-Nominierungen für die Beigeordnetenwahl im Dresdner Stadtrat am 06. August 2015



Dr. Kris Kaufmann

38 Jahre, Wirtschafts- und Sozialgeographin
Lebenspartnerschaft, 1 Kind

Beigeordnete für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Wohnen



Annetrin Klepsch

37 Jahre, Theaterwissenschaftlerin, Master Arbeits- und Organisationspsychologie
Lebenspartnerschaft, 3 Kinder

Beigeordnete für Kultur und Tourismus



TamTam Combyo auf dem Westhangfest

Foto: Jürgen Czytrich

Das Westhangfest

von Uwe Baumgarten und Magnus Hecht

Schon zum wiederholten Male beteiligte sich der Ortsverband West am Westhangfest. Am 14. Juni bauten die Genossinnen und Genossen ihren Stand am oberen Ende der Höhenpromenade auf. Dieses Jahr standen die im Stadtrat und beim vergangenen Oberbürgermeister-Wahlkampfes kooperierenden Parteien nebeneinander. So konnte auch eine gewisse Arbeitsteilung vereinbart werden. Die SPD blies Luftballons auf, während DIE LINKE zu Kaffee und Kuchen gegen Spende baten. Die Kuchen waren selbstgemacht und der Kaffee mit viel Liebe gebrüht. Der Zuspruch war so groß, dass gegen Ende jeder Krümel aufgegessen war. Dazu wurden viele Gespräche geführt. Annetrin Klepsch, Landtagsabgeordnete und Stadträtin, war anwesend, genau wie die Wissenschafts- und Kunstministerin

und ehemalige OB-Kandidatin Dr. Eva-Maria Stange. Neben der guten Versorgung und den interessanten Bürgergesprächen kam dem gelungenen Fest natürlich auch das Sommerwetter zugute.

Das Westhangfest ist dieses Jahr besonders vielfältig gewesen, großer Dank an den Organisator Jürgen Czytrich. Die Veranstaltung beweist: Gorbitz ist lebendig, bunt und lebenswert.

Im Nachhinein betroffen macht die Kündigung der beiden Kollegen vom Quartiersmanagement durch die Verwaltung. Beide haben viel bewirkt und viel möglich gemacht und sich trotz ständigem Kampf um bessere Ausstattung nicht entmutigen lassen. Undank ist der Welten Lohn.

Gemeinsam in die Zukunft!

von Karlheinz Kathert

Als Mitglied des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Dresden hatte ich Anfang Juli die Möglichkeit, am diesjährigen 11. Deutschen Seniorentag in Frankfurt am Main teilzunehmen.

Dieses Ereignis wurde mit einer Festveranstaltung eröffnet. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende der BAGSO Prof. Dr. Dr. h. c. Ursula Lehr und den Grußworten durch den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main Peter Feldmann und den Hessischen Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner hielt die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel eine Festansprache. Darin hob sie besonders hervor: „Das vielfältige Programm des Deutschen Seniorentages verdeutlicht, dass es auf Menschen jeden Alters ankommt, sozialen Zusammenhalt zu leben. Dementsprechend bedarf auch wegweisende Seniorenpolitik der Unterstützung aller Generationen, um uns eine lebenswerte Zukunft zu erschließen.“ Dieser Höhepunkt wurde vom Chor des Lessing-Gymnasiums Frankfurt am Main musikalisch begleitet.

Unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft“ ging es dann drei Tage um die Belange der Älteren. Es wurde ein Zeichen gesetzt für mehr Gemeinschaft und Miteinander - zwischen Menschen verschiedener Generationen, unterschiedlicher Herkunft, zwischen Menschen mit und ohne Einschränkungen sowie Helfenden und Hilfsbedürftigen.

Nahezu 100 Einzelveranstaltungen boten eine breite Themenpalette. Es wurden praxisnahe Projekte vorgestellt, kulturelle Angebote gemacht, Informa-

tionen rund um das Thema Älterwerden gegeben, Podiumsdiskussionen zu Brennpunktthemen der Seniorenpolitik durchgeführt sowie Bewegungs- und Mitmachaktionen angeboten. Ich konzentrierte mich auf die Teilnahme an drei Veranstaltungen zu dem präsenten Thema „Reformbaustelle Rente“. Hier ging es u. a. um die Frage, wie das Rentenniveau verbessert werden kann.

Die Veranstaltungen waren flankiert von der Fachmesse SenNova. Sie wurde durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig eröffnet und präsentierte regionale und überregionale Produkte und Dienstleistungen für die Zielgruppe 50Plus. Man konnte unter anderem Produkte entdecken, die die Industrie für sie entwickelt hat. Beim Rundgang über die Seniorenmesse konnte ich in Augenschein nehmen, wie Aussteller mit ehrenwerten Absichten ihre Produkte darstellten und erläuterten. Repräsentanten seniorengerechter Urlaubsziele in der Bundesrepublik und auch im Ausland warben um die Gunst der reiselustigen Älteren. Vertreten waren auch Seniorenorganisationen der Parteien. Ich hatte die Gelegenheit zu ausführlichen Gesprächen mit den Genossen und Genossinnen der Bundesarbeitsgruppe Senioren der Partei DIE LINKE.

Schnell ging die Zeit vorüber. Mit besten Eindrücken vom 11. Deutschen Seniorentag und bereichert durch viele neue Erkenntnisse kehrte ich nach Dresden zurück.

07-08
15**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Sommer 2015

Schollbach: „Weitreichende sozialpolitische Beschlüsse“

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause fasste der Dresdner Stadtrat mit den Stimmen von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten zwei wichtige Beschlüsse und brachte damit sowohl das Sozialticket für Bus und Bahn als auch die Mietpreisbremse auf den Weg. DIE LINKE hatte dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach.

Herr Erster Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

In dieser Stadtratssitzung wird die Kooperation aus LINKEN, Grünen, SPD und Piraten gemeinsam weitreichende sozialpolitische Beschlüsse fassen.

Zum einen werden wir heute nach vielen Jahren hartnäckigen Ringens endlich ein richtiges Sozialticket, das den Namen auch verdient, in Dresden einführen. Und zum Zweiten werden wir mit der Mietpreisbremse einen weiteren wichtigen Schritt gegen die steigenden Wohnungsmieten gehen. Wir handeln damit im Interesse großer Teile der Menschen in Dresden. Und dennoch gibt es Parteien, die sich nicht entblöden, uns angesichts dieser im Interesse der Allgemeinheit liegenden Entscheidungen rot-rot-grüne Klientelpolitik vorzuwerfen. Ich will Ihnen darauf antworten: Für das Klientel der Mieterinnen und Mieter, für das Klientel der ärmeren Menschen, für das Klientel der einfachen Bürgerinnen und Bürger, die nicht so viel Geld in der Tasche haben, setzen wir von der LINKEN uns ein. Das ist eine unserer wesentlichen gesellschaftlichen Aufgaben. Dafür haben wir von den Wählerinnen und Wählern den Auftrag erhalten. Und im Gegensatz zu anderen Parteien verstehen wir uns ausdrücklich nicht als Interessenvertreter der Immobilienhaie, ausgewählter Hoteliers oder bestimmter Werbe- und Eventagenturen.

Meine Damen und Herren, in Dresden leben über 71.000 Menschen in Armut. Das sind nicht die Zahlen der LINKEN, sondern offizielle Angaben der Stadtverwaltung. Viele dieser Menschen können sich die Fahrpreise für Bus und Bahn kaum oder auch gar nicht leisten. Aber wenn man am Leben in unserer Gesellschaft teilhaben will – etwa an kulturellen Ereignissen – oder schlicht Freunde besuchen möchte oder Behördenwege zu erledigen hat – dann ist man darauf angewiesen, bezahlbar von A nach B zu kommen. Deshalb ist das Sozialticket so wichtig für Dresden. Es schafft für viele Menschen eine reale



2009 gründete Katja Kipping gemeinsam mit Stephan Kühn (B90/Die Grünen), Ines Vogel (SPD) und 45 Organisationen - Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Initiativen und Vereine - das Bündnis *Mobilität für alle - für ein Schüler- und Sozialticket*
Foto: Max Kretzschmar

Erleichterung im täglichen Leben und es leistet einen Beitrag für den sozialen Ausgleich in unserer Stadt. Wir haben viele Jahre vergeblich darum gekämpft, ein Sozialticket, das den Namen auch verdient, in Dresden einzuführen. Wir sind immer wieder am Widerstand der CDU gescheitert. Heute nun werden wir es mit der Mehrheit von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten im Interesse der Menschen auf den Weg bringen. Zum 01. November wird es dann Realität in Dresden. Meine Damen und Herren, es gibt eine Person, die sich durch ihren langjährigen Einsatz für das Sozialticket besonders verdient gemacht hat – das ist die Dresdner Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping. Ich freue mich sehr, dass sie heute hier im Stadtrat anwesend ist und unsere Debatte verfolgt.

Ich komme zur zweiten wesentlichen Thematik, die heute auf den Weg gebracht werden soll und dies ist die Mietpreisbremse. In Dresden wohnt die große Mehrheit zur Miete, nämlich 85 Prozent der Menschen. Seit dem vergangenen Jahr liegt nun die Durchschnittsmiete in Dresden erstmals seit

der Wende über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Eine Entwicklung, die vielen Mieterinnen und Mietern die Sorgenfalten auf die Stirn treibt. In diesem Zusammenhang muss man es in aller Deutlichkeit ansprechen: Der Totalverkauf der städtischen WOBA im Jahr 2006 war ein schwerwiegender politischer Fehler der damaligen Mehrheit im Stadtrat. Und ich will eine zweite schwerwiegende Fehlentscheidung der CDU ansprechen. Das war die Abrisspolitik. In Dresden wurden allein in den vergangenen 15 Jahren über 7.900 Wohnungen abgerissen – subventioniert vom Freistaat Sachsen mit 28,5 Mio. Euro. Hätte man dieses Geld für die Sanierung und Modernisierung statt für die Zerstörung von Wohnungen ausgegeben – wir bräuchten heute wohl kaum über Wohnungsmangel und steigende Mieten zu sprechen. Vor allem bei dem Neuausschluss von Mietverträgen wird kräftig zugelangt. Da zieht einer aus einer Wohnung aus, am nächsten Tag zieht jemand anders ein und der zahlt dann gleich mal einige hundert Euro im Jahr mehr, obwohl sich am Zustand der Wohnung nichts geändert hat. Und da setzen wir mit dem Antrag, in Dresden eine Miet-

preisbremse einzuführen, an. Nachdem wir für vorhandene Mietverträge bereits im vergangenen Jahr einen Antrag auf Deckelung beschlossen haben, wollen wir das nun mit der Mietpreisbremse auch für neue Mietverträge machen.

Weiterhin werden wir in Kürze das von uns abgegebene Versprechen erfüllen und die Weichen für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft zur Neubildung eines kommunalen Wohnungsbestandes stellen. Es gibt einen erheblichen Bedarf an neuem und preiswertem Wohnraum. Die Stadt muss ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und gewährleisten, dass für alle Menschen bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen. Dass eine städtische Wohnungsbaugesellschaft sowohl kostendeckend arbeiten und gleichzeitig soziale Aspekte berücksichtigen kann, beweisen unzählige kommunale WOBA in der gesamten Bundesrepublik. Meine Damen und Herren, Dresden braucht endlich wieder eine vernünftige Wohnungspolitik im Interesse der Mieterinnen und Mieter. Und dafür arbeitet diese Stadtratsmehrheit.

Ombudsstelle für Dresdner Jobcenter

Konflikte schlichten

von Pia Barkow

Dresden bricht Rekorde – leider auch bei der Zahl von Klagen und Widersprüchen gegen Bescheide des Jobcenters. Mit 4771 Klagen beim Sozialgericht Dresden bzw. dem Landessozialgericht Chemnitz und 10.981 Widersprüchen im Jahr 2014 liegt Dresden deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Um künftig Konflikte im Vorfeld lösen zu können, wird beim Jobcenter Dresden eine unabhängige Ombudsstelle eingerichtet.

In einem Gespräch mit der Leitung des Jobcenters bzw. der Arbeitsagentur äußerten diese zu diesem Rekord lapidar, die DresdnerInnen beschwerten sich nun mal viel – das war schon beim Fernsehprogramm zu DDR-Zeiten so. Naja... ganz so einfach ist das wohl nicht.

Die Hartz IV Gesetzgebung ist – neben seiner völlig falschen Grundausrichtung des „Förderns und Forderns“ und der



Foto: Michael Grabscheit / pixelio.de

Sanktionspraxis – ein einziger Wust an Änderungen und Ergänzungen. Die Mitarbeitenden des Jobcenters müssen am laufenden Band prüfen, welche Verordnung nun die aktuellste ist und welche Änderungen gelten. Auch diese ständigen Änderungen führen zu einer hohen Unsicherheit und Fehleranfälligkeit. Keine Frage, ganz grundlegend muss

die gesamte Arbeitsmarkt- und Arbeitslosenpolitik überarbeitet werden. Doch bis sich Mehrheiten hierfür finden, wird noch viel Wasser die Elbe runterfließen. Daher ist es notwendig, jetzt für die Betroffenen die Bedingungen zu verbessern. Es gibt zahlreiche Beratungsstellen in der Stadt, die gemeinsam mit Lei-

stungsberechtigten die Bescheide prüfen oder bei der Antragsausfüllung behilflich sind. Dennoch kommt es zu dieser immensen Zahl von Widersprüchen und Klagen. Das zeigt, dass die Beratungsstellen alleine nicht ausreichen für eine umfassende Betreuung der Leistungsberechtigten im Antragsverfahren. Die Ombudsstelle soll daher auch als Schnittstelle zwischen den Beratungsstellen und dem Jobcenter fungieren und, wenn notwendig, bei Streitfällen schlichten. Wir möchten damit die Möglichkeit schaffen, schon im Vorfeld Konflikte auszuräumen, bevor der langwierige und oft belastende Gang zum Gericht eingeschlagen wird. Denn eins ist klar, unabhängig davon, welche Seite am Ende Recht bekommt, gehen Konflikte immer zu Lasten der Leistungsberechtigten, da sie im Zweifelsfall lange auf Zahlungen warten müssen.

pia.barkow@dielinke-dresden.de

Die Sachsen-Finanzgruppe auf der Suche nach einer Zukunft

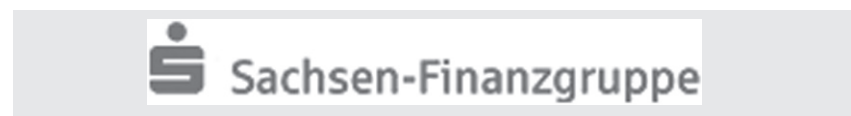
von Tilo Kießling

Vor einigen Wochen gab es eine gute Nachricht für das Dresdner Rathaus aus dem Nachbargebäude, dem Sparkassenhaus am Altmarkt. Dort beschloss die Anteilseignerversammlung der Sachsen-Finanzgruppe eine Ausschüttung an die beteiligten Kommunen, und Dresden kann mit 1,7 Millionen Euro rechnen. Das ist zwar weit entfernt von den im Haushaltsabschluss erhofften (und vom Finanzbürgermeister auch für sicher erklärten) 5 Millionen Euro, aber immerhin: in diesem Jahr lässt sich für Dresden der Wert der Sparkasse nicht nur in vielen schönen Filialen und der Unterstützung örtlicher Vereine messen, sondern auch in einem Zubrot für die Stadtkasse.

Außer dieser guten Nachricht ist aber vieles offen für die Sachsen-Finanzgruppe. Vom ursprünglichen Plan eines Finanzinstitutes, in dem sich die Kraft aller sächsischen Sparkassen und der Landes-

bank bündeln, ist nach dem politischen Gegenwind zu Beginn ihrer Geschichte und nach der Finanzkrise und der Landesbankpleite nur noch ein beinahe klägliches Rest aufzufinden. Gerade noch 3 Anteilseigner sind verblieben, neben Dresden noch der Landkreis Mittelsachsen und der Sparkassenzweckverband Elbtal-Westlausitz, in dem sich die Landkreise Bautzen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und die Stadt Hoyerswerda verbunden haben. Und gerade noch zwei Sparkassen werden gebündelt: unsere Ostsächsische Sparkasse Dresden und die Sparkasse Mittelsachsen.

Natürlich stellt sich nun die Frage, warum für zwei Sparkasseninstitute noch ein juristisches Dach benötigt wird. Die Zusammenarbeit der Sparkassen hat vielfältige Formen, neben der SFG gibt es die Sparkassenverbände, den Ostdeutschen Sparkassenverband und den Deutschen Sparkassen- und Gi-



roverband und selbstverständlich jede Menge Zweckgesellschaften zwischen einzelnen Sparkassen zur wirtschaftlichen Erfüllung einzelner Aufgaben. Insofern wäre die SFG wohl verzichtbar.

Andererseits stehen die Sparkassen vor einem hohen Anpassungsdruck, sowohl die wirtschaftlichen als auch die juristischen Rahmenbedingungen könnten ein engeres Zusammengehen vieler Institute erzwingen. Ein bereits vorhandenes und im sächsischen Sparkassengesetz als öffentlich-rechtliche Einrichtung normiertes Instrument wie die SFG kann hier nützlich sein.

Die Diskussion über die Zukunft der Sachsen-Finanzgruppe muss nun durch

die beteiligten Kommunen und Finanzinstitute geführt werden. An dieser Stelle sind die Vorstände der SFG in der Pflicht, den Gremien ihre Vorstellungen zu skizzieren. Zwischen Auflösung, Dienstleistungsfunktionen für die beteiligten Sparkassen und interessierte Dritte oder einer wieder anzustrebenden Erweiterung ist vieles möglich. Ich erwarte, dass diese Vorstellungen unter Einbeziehung des Dresdner Stadtrates im Herbst des Jahres 2015 diskutiert werden und sich in einer breit getragenen Strategie über die Zukunft der Sachsen-Finanzgruppe niederschlagen.

Tilo Kießling vertritt den Oberbürgermeister in der Anteilseignerversammlung

tilo.kiesling@dielinke-dresden.de

DOKUMENTIERT

Quartiersmanagement Gorbitz

Zur Ausschreibung und Neuvergabe des Quartiersmanagement Gorbitz haben die Ortsbeiräte von DIE LINKE, SPD, Piraten und Bündnis 90/Die Grünen einen offenen Brief an die Stadtverwaltung geschrieben.

Sehr geehrter Herr Hilbert, sehr geehrter Herr Marx, sehr geehrter Herr Szuggat,

die Ortsbeiräte der Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN, der Piraten und der SPD missbilligen ausdrücklich das Vorgehen und das Ergebnis der Neuausschreibung des Quartiersmanagements (QM) Gorbitz durch das Stadtplanungsamt im Geschäftsbereich Stadtentwicklung!

Die scheinbar sachliche Begründung, dass eine Ausschreibung aufgrund der Schwerpunktverschiebung, von städtebaulichen hin zu sozialen Aspekten, notwendig wird, mag formal richtig sein. In der Sache wird ihr aber vor allem das Ergebnis der Ausschreibung nicht ge-

recht. Diesen Wandel hat das aktuelle QM mit Herrn Ulrich Krause und Herrn Wolfgang Müller bereits vollzogen.

Wie wenig sensibel die städtischen Verantwortlichen in dieser Sache vorgegangen sind, lässt sich am Zeitpunkt der Neubesetzung des QM ablesen. Die derzeitige Situation in Gorbitz, mit der unglücklichen Konzentration von Asylsuchenden in dem sozialen Brennpunkt um die Sanddornstraße und am Amalie-Dietrich-Platz erfordert ein hohes Maß an Feingefühl für die soziale Struktur und das Vertrauen der Bewohner dieses Stadtteiles. Genau dies hatten sich Herr Krause und Herr Müller in den letzten Jahren erarbeitet. Obwohl davon auszugehen ist, dass

schon längerfristig eine Neuausschreibung geplant war, wurden die beiden Herren noch nicht einmal zum Zeitpunkt ihrer Präsentation in der Sitzung des Ortsbeirates Cotta am 04.12.2014 über das Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Dieses Vorgehen ist nur ein Zeichen für den wenig respektvollen Umgang mit dem aktuellen QM. Auch die Mitglieder des Ortsbeirates wurden in dieser Sitzung nicht über das Vorhaben informiert.

Die Folgen dieser aus unserer Sicht völlig unnötigen Neubesetzung sind aktuell noch gar nicht überschaubar. Es scheint dem Stadtplanungsamt völlig gleichgültig zu sein, dass soziale Netzwerke und Strukturen zerstört werden, die für den Stadtteil Gorbitz und dessen Bewohner

von immenser Bedeutung sind. So spielte z.B. bei der Integration Asylsuchender das QM eine herausragende Rolle. Diese kann nicht so einfach durch den Austausch der handelnden Personen gleichwertig ausgefüllt werden. Auch die Zukunft des Stadtteilfestes „Westhangfest“ und des „Westhanglaufes“ ist ungewiss. Die Stadtteilzeitung „Westhangpost“ wird wohl zum letzten Mal erscheinen.

Wir halten Herrn Ulrich Krause und Herrn Wolfgang Müller auch nach dieser für uns unverständlichen Entscheidung zur Neubesetzung des Quartiersmanagements Gorbitz für absolut geeignet, die 2006 übernommenen Aufgaben fortzuführen.

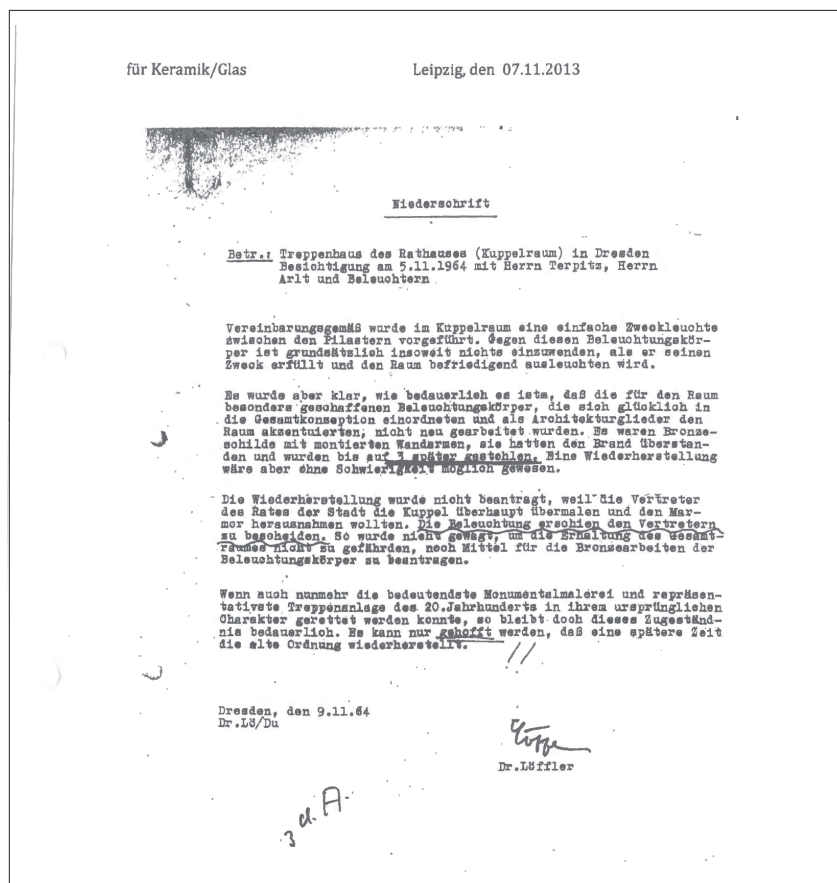
Die geklauten Lampen

von Tilo Wirtz

Was die Pflege von alten Baudenkmalern betrifft, hat die DDR keinen besonders guten Ruf. Die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig, des Stadtschlusses in Berlin oder der Sophienkirche in Dresden in Verbindung mit dem Verfalllassen ganzer Gründerzeitviertel sind prägend und lassen die seinerzeit Verantwortlichen insbesondere aus der SED als Banausen dastehen, als kunst- und kulturverachtende Ideologen, die den materiellen und ideellen Wert des baulichen Erbes nicht erkannten oder ignorierten. Dies ist eine unzulässige Vereinfachung. War die Sprengung der Universitätskirche in der Tat ein nicht zu entschuldigender Exzess, wäre ein Wiederaufbau der Sophienkirche auf Grund des Grades der Zerstörung und des fragwürdigen architektonischen Stiles – fast jede Generation hatte ihren Senf dazu gegeben – nicht unbedingt zwingend gewesen, wurde doch in Dresden mit wenigen Ausnahmen herausragender Bauten wie der Frauenkirche keine total zerstörte große Kirche wieder aufgebaut, wobei erhaltene Kirchen wie die Trinitatis- und die Zionskirche bis heute ruinös sind. Überhaupt darf nicht vergessen werden, dass eine Reihe zerstörter Bauten wie der Zwinger mit der Sempgalerie, das Landhaus und das Gewandhaus bereits kurz nach dem Krieg wieder aufgebaut worden sind.

Wandel in der Denkmalpflege in Ost und West

Weiter wird auch der Wandel des Verständnisses von Denkmalpflege in West und Ost außen vor gelassen, welches sich bis nach der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts überhaupt erst einmal systematisch entwickelte. Bis dahin wurden Gebäude nämlich Jahrhunderte zuvor ständig verändert und dem Geschmack und dem Bedürfnis der Zeit angepasst, ohne viel Rücksicht auf erhaltenswerte historische Substanz oder gar Stiltreue zu nehmen. Erschwerend kam in Ostdeutschland hinzu, dass vorhandene Ressourcen auf den Wiederaufbau und die Schaffung der industriellen Basis sowie Wohnungen konzentriert werden mussten. Westdeutschland zeigte allerdings, dass auch Reichtum Baudenkmal bedrohen kann. Denn die Umbauwut machte während des Wirtschaftswun-



ders vor alten Bauwerken nicht halt und gab ihnen denkmalpflegerisch genauso den Rest, als wenn sie gesprengt worden wären. So wurde im kriegsbedingt leicht lädierten Saal der Palmengartengesellschaft in Frankfurt/Main vor die üppig mit Stuck und Gemälden versehene Gestaltung aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine schlichte Gipskartonverkleidung vorgeblendet, wobei Abhänger und Kabelkanäle großlos in die noch vorhandene Bemalung und den Stuck gebohrt und gehackt wurden. Nicht zuletzt hatte die Moderne beginnend mit dem Bauhaus mit opulenten Stuckverzierungen und allegorischen Malereien gebrochen. Am Anfang des letzten Jahrhunderts hatte man sich an einer Überfülle an Üppigkeit überfressen und ertrug Ornamente nicht mehr, glatte einfarbige Oberflächen wurden prägend.

Es war nicht alles schlecht

Gerade in Dresden fanden DDR und SED in der Rekonstruktion von zerstörten Baudenkmalen spätestens in den achtziger Jahren Anschluss an die Welts-

pitze mit dem weitgehend originalgetreuen Wiederaufbau der Semperoper, bei dem bis hin zur Wiedererfindung alter Handwerkstechniken weder Kosten noch Mühen gescheut wurden. Vergessen sei auch nicht, dass der Grundstein zum Wiederaufbau des Residenzschlusses und erste Rohbauarbeiten noch im Fünfjahrplan eingetaktet waren. Andere Bauten, wie die Wieckhäuser in der alten Stadtmauer in Neubrandenburg, Schloss Augustusburg bei Chemnitz oder der Schweriner Dom befanden sich 1989 bestens restauriert, der Schweriner Dom dabei mit Hilfe polnischer Baubrigaden, die es unter den Bedingungen des sozialistischen Weltsystems zu unerreichter handwerklicher Meisterschaft bei der stilgerechten Sanierung alter Bausubstanz gebracht hatten.

Die Anekdote erzählt, dass eine genervte Reiseführerin 1991 auf die anerkennende Bemerkung aus einer westdeutschen Reisegruppe, wie schnell der Dom nach dem Fall der Mauer saniert worden sei, äußerte, dass der gotische Dom bereits vor 1990 errichtet worden sei...

Was Ost und West oder das Staatsschauspiel in Dresden und der Saal der Palmengarten-Gesellschaft in Frankfurt/Main gemeinsam haben ist der Rückbau schlichter weißer Saalgestaltungen aus der Wiederaufbauphase und die Rekonstruktion der Originalfassungen aus dem Jugendstil bzw. dem Historismus.

Hatmut Vorjohann (CDU) in den Fußstapfen Walter Ulbrichts (SED)

Vor dieser differenzierten Gemengelage kann es nur oberflächlich Informierte verwundert haben, dass ausgerechnet die LINKEN sich schützend vor ein Baukunstwerk im Neuen Rathaus in Dresden geworfen haben, welches dem Spardiktat des Finanzbürgermeisters Hatmut Vorjohann (CDU) geopfert werden sollte. Nur das repräsentative Treppenhaus hinter der Goldenen Pforte, welches zum Ratssaal und zum Festsaal führt, hat mitten im Zentrum der Zerstörung als einziger Raum im gesamten Stadtzentrum und im Rathaus das Inferno 1945 überstanden. Lediglich die Bronzelampen waren nach 1945 vermutlich geklaut worden. Da die Beleuchtung auf die Gestaltung der Kuppelhalle abgestimmt war, deren Ausmalung von Otto Gussmann, einem bedeutenden Monumentalmaler und Lehrer von Max Pechstein und Otto Dix, stammte, ist es denkmalpflegerisch geboten, diese Beleuchtung zu rekonstruieren, um diesem Raum seine alte Würde zurück zu geben. Ein von den LINKEN gestellter Prüfauftrag, der vom Finanzausschuss gegen einen sich mit Händen und Füßen sträubenden Finanzdezernenten angenommen wurde, hatte die ermutigende Unterstützung des Landesamtes für Denkmalpflege zur Folge, der sich anschließende Eilantrag der LINKEN, der die Realisierung der Rekonstruktion beinhaltete, wurde seitens des Freistaates mit einer Förderofferte von 250.000 Euro garniert. In der letzten Sitzung vor dem Sommer fand dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, LINKEN und Grünen eine Mehrheit. Hartmut Vorjohann als Fortsetzer der Baukultur unter Walter Ulbricht ist damit Einhalt geboten worden. Fritz Löffler hatte sich im Jahre 1964 den Nachbau der alten Beleuchtung gewünscht, auf Initiative der LINKEN wird dieser Wunsch nun zumindest seiner Erfüllung näher kommen.

2. Treffen des Netzwerkes „Pro Asyl Dresden-Plauen“

von Waldemar Peine

Von der konkreten Anschauung zum abstrakten Denken und von diesem zur Praxis hat einst ein kluger Mann angeregt und in diesem Sinne: Nach gründlichem Durchdenken tätig werden. Das Tätigwerden beginnt mit dem Aufbau einer Struktur des Willkommenheißen und der Betreuung von Flüchtlingen, die die Not zu uns geführt hat. Nicht mehr und nicht weniger. Mitglieder von Kirchengemeinden, Vertreter sozialer Einrichtungen und Treffs, Ortsbeiräte und weitere Bürger mit Gespür für erforderliche Hilfe trafen sich, um Ansätze für wirksames Handeln zu finden. Mdl Albrecht Pallas und seine Mit-

arbeiter des Süd Pol Dresdens leiten die erforderlichen Absprachen oder zeitgemäß formuliert, leisten die erforderliche Logistik. Und die hat es in sich. Zur Seite steht uns Frau Stoll, die unter anderem für Plauen die regionale Koordination Asyl vertritt. Eine Starthilfe war der Bericht einer Aktivistin des Netzwerkes "Willkommen in Löbtau" über dortige Bemühungen des Betreuens und Helfens.

Für mich ist die Teilnahme trotz aller sozialen Dringlichkeit des Vorhabens ein erfrischendes Erlebnis, verglichen mit so manchem Gerede und Getue, bei dem Sinn und Nutzen nicht erkennbar wird.



Es ist das Anliegen "Hilfe", welches verbindet. Wer einen oder seinen Platz in diesem Netzwerk sucht, sollte mehr mitbringen, als zu unseren Versammlungen üblich.

Dresden-Plauen hat noch Zeit, bevor es ernst wird. Zeit, um Erfahrungen anderer Netzwerke aufzunehmen, Zeit, um den Bau und die Einrichtung eines für Flüchtlinge gedachten Wohnheimes auf der Teplitzer Straße zu begleiten. Dezember 2016 wird es für 60 Flüchtlinge zur Wohnstätte werden.

Die Menschen, die sich in diesem Netzwerk zusammen fanden und finden, haben ihre Richtung bestimmt. Über nächste Schritte wollen wir gern berichten.

Waldemar Peine ist LINKE-Ortsbeirat in Plauen

KOLUMNE

ganz
hinten
links

von Jens Matthis

Die Sieben gilt in allen Weltreligionen, in Mythen und Märchen, aber auch im Alltag als eine besondere Zahl. Mal gilt sie als Glücks- und mal als Unglückszahl. Auch in der Dresdner Kommunalpolitik ist sie bedeutsam. So wurde nicht nur der Dresdner Oberbürgermeister für sieben Jahre gewählt, auch die Beigeordneten bleiben sieben Jahre im Amt – und es sind sieben an der Zahl.

In der Hitze des Redegeftes wurden die Amtsinhaber schon einmal als „Die sieben Zwerge“ bezeichnet, was zumindest der Körpergröße nicht ganz gerecht wurde. Auch hätte ich Ex-Oberbürgermeisterin Helma Orosz nicht unbedingt mit Schneewittchen assoziiert. „Die sieben Geißlein“ wäre schon deshalb falsch gewesen, weil sie sich bei Gefahr durchaus gut zu verstecken wussten. Für „Die sieben Raben“ hätte allenfalls das politische Gefieder gesprochen. Es fehlten etwas die kräftigen und leuchtenden Farben.

Wären es wiederum „Die sieben Samurai“ gewesen, sähe es in Dresden wohl besser aus. „Die sieben Schwaben“ hätte es schon eher getroffen, wenn gleich sie überwiegend sächsischer Herkunft sind. Auf jeden Fall sind es allesamt Männer- und das bei wechselnder Besetzung schon seit 25 Jahren.

Die Schweizer nannten es einst „Zauberformel“, ihre sieben Bundesräte im Verhältnis 2:2:2:1 über die vier großen Parteien zu verteilen. Genau so zauberhaft soll es künftig in Dresden werden, wenn der Stadtrat in seiner Sondersitzung am 6. August den Vorschlägen folgt, was sehr wahrscheinlich ist. Das erste Mal seit 1990 wird der Stadtrat dabei auch Frauen in diese Spitzenämter wählen, und zwar gleich drei, zwei linke und eine grüne.

Und wer weiß, vielleicht macht die CDU mit ihrem Vorschlagsrecht für das Ressort Bildung und Jugend im nächsten Jahr sogar eine weibliche Mehrheit daraus. Lassen wir uns überraschen und freuen uns auf die nächsten sieben Jahre!

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Tarifstreit im Sozial- und Erziehungsdienst

von Pia Barkow

Es ist ruhig geworden um die Tarifauseinandersetzungen der Kita-Beschäftigten. Zur Rekapitulation hier noch einmal ein kurzer Abriss der Entwicklung des Tarifkonflikts.

In Deutschland existieren zurzeit 53.415 Kitas. In diesen werden ungefähr 3,2 Millionen Kinder betreut. Der größte Anteil der Kindertagesstätten wird von freien Trägern getragen, die restlichen rund 17.500 Kitas mit etwa 1,8 Millionen Kindern sind in der Hand von öffentlichen Trägern. Der Tarifkonflikt gilt den öffentlichen Trägern, also denjenigen Kitas, die nicht von freien Trägern finanziert werden.

Im November 2014 hat ver.di die in den letzten Monaten durch Kita-Streiks sichtbar gewordene bundesweite Aufwertungskampagne für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst gestartet. Die Kampagne und die Tarifrunde sollten nicht nur Lohnsteigerungen herbeiführen, sondern eine grundsätzliche Aufwertung der Tätigkeiten durch eine höhere Eingruppierung der Beschäftigten innerhalb der Entgeltgruppen des Öffentlichen Dienstes bewirken und damit eine Lohnerhöhung von ca. 10%.

Hauptbegründungen für die Forderungen sind einerseits das stark gestiegene Aufgabenspektrum der Beschäftigten sowie die hohe Verantwortung und Arbeitsbelastung und andererseits die unterdurchschnittliche Lohnentwicklung dieser Berufsgruppen generell. Zwischen den Jahren 2004 und 2013 erfolgte für die Beschäftigten in kommunalen Kitas lediglich eine Lohnerhöhung von 14%, der Durchschnitt der ArbeitnehmerInnen in anderen Bereichen konnte sich hingegen über eine Lohnsteigerung von 21,2% freuen. Der bundesweite Durchschnittslohn für ArbeitnehmerInnen liegt um 570 Euro über dem bundesweiten Durchschnittslohn der ErzieherInnen.

ErzieherInnen verdienen bei einer Vollzeitstelle im bundesweiten Durchschnitt rund 2.879 Euro brutto pro Monat, in den ostdeutschen Bundesländern deutlich weniger. In den Genuss dieses Durchschnittseinkommens kommen allerdings gerade einmal die Hälfte der Beschäftigten, denn von den rund 240.000 Beschäftigten in kommunalen Kitas arbeiten lediglich 53% in Vollzeit.

Niemand streitet ab, dass die ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und HeilerziehungspflegerInnen sehr viel leisten und eine wichtige und wertvolle Arbeit in den Kitas, der offenen Jugendarbeit, in den Beratungsstellen, Kinderheimen, Jugendämtern und Einrichtungen der Behindertenhilfe, in der Schulsozialarbeit und in Krankenhäusern leisten – im Gehalt spiegelt sich das jedoch nicht wieder.

Daher war und ist der Streik und die Forderung richtig. Nicht zuletzt sind in all diesen Bereichen deutlich mehr Frauen als Männer beschäftigt, somit würde eine bessere Entlohnung gleich noch die



Dato: Souza / pixelio.de

ungerechte Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ein wenig schließen.

Bevor zum Streik aufgerufen wurde, machte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände deutlich, dass sie nicht bereit seien, eine derartig hohe Forderung umzusetzen. Die jährlichen Kosten von 1,2 Milliarden Euro seien schlicht nicht tragbar.

Auf diese Absage hin wurde der Streik ausgerufen, an dem bundesweit über vier Wochen zahlreiche Angestellte des Sozial- und Erziehungsdienstes teilnahmen. Da auch der Streik keine Bewegung auf der Arbeitgeberseite bewirkte, wurde eine Schlichtungskommission einberufen.

Der nach Wochen ausgearbeitete Vorschlag der Schlichtungskommission wurde auf der bundesweiten Streikdelegiertenversammlung vehement angegriffen und eindeutig abgelehnt.

Hauptkritik war, dass die Empfehlung keine wirkliche Aufwertung der schwierigen und verantwortungsvollen Tätigkeiten vorsieht und insbesondere im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik völlig unzureichend ist. Zudem werden ganze Berufsgruppen gar nicht erwähnt. Den ursprünglichen Forderungen der Streikenden wird der Vorschlag kaum gerecht. Das Schlichtungsergebnis sieht Steigerungen je nach Berufsgruppe von 2 bis 4,5% vor – für fünf Jahre. Die wenigen Prozentzuwächse gekoppelt mit der langen Laufzeit bedeuten aber nichts anderes als eine Reallohnsenkung. Auf die fünfjährige Laufzeit bezogen, würde – im besten Fall – weniger als ein Prozent Lohnerhöhung erreicht. Zusätzlich gilt während der Laufzeit eine Friedenspflicht, also ein Streikverbot.

Nach den wochenlangen und in weiten Teilen der Bevölkerung durchaus positiv begleiteten Streiks und Protesten wäre da wirklich mehr zu erwarten gewesen.

Ob das Schlichtungsergebnis angenommen werden soll oder nicht, werden nun

die ver.di-Mitglieder der betroffenen Berufsgruppen in einer Mitgliederbefragung bis zum 13. August entscheiden. Doch auch diese Mitgliederbefragung hat einen Haken, denn nur wenn 75% aller befragten Mitglieder ausdrücklich Nein sagen, wird das Angebot abgelehnt und neu verhandelt, dabei zählen alle nicht abgegebenen Stimmen als Zustimmung.

Es bleibt also weiterhin spannend in der Frage, ob eine deutliche Aufwertung der Sozialen Berufe erfolgt und damit nicht nur eine Wertschätzung für die geleistete Arbeit, sondern gleichzeitig ein Richtungswechsel in der Entlohnung generell eingeschlagen würde. (Soziale) Arbeit mit Menschen ist deutlich schlechter bezahlt als Arbeit in der Produktion. Eine Ablehnung des Schlichtungsergebnisses und ein neuerlicher Streik für eine tatsächliche Aufwertung wäre somit begrüßenswert, um dieses Ungleichverhältnis endlich – zumindest etwas – gerade zu rücken.

pia.barkow@dielinke-dresden.de

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. André Schollbach
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Pia Barkow, Waldemar Peine, Jens Matthis, Cornelia Eichner, Max Kretzschmar
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 09.09.2015
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

Eine Kampagne sagt auf Wiedersehen

Save Me Dresden

von Franziska Fehst

Vor 6 Jahren startete die Save Me Kampagne mit dem Ziel, in Dresden ein Resettlement-Programm für Geflüchtete einzuführen. Was ist das Resettlement-Programm? Resettlement bedeutet in diesem Fall „Neuansiedlung von Geflüchteten“ in Drittstaaten. Wenn die Geflüchteten in dem Land, in welches sie geflüchtet sind, nicht bleiben können, sollen sie in einem sicheren Drittstaat untergebracht werden. Dieses Programm richtet sich an besonders Schutzbedürftige Geflüchtete nach Genfer Flüchtlingskonvention. Das besondere an diesem Programm ist, dass den Geflüchteten bereits im Flüchtlingsland der Status nach Genfer Flüchtlingskonvention erteilt wird. Dadurch müssen sie nicht erst einen strapazierenden und lebensgefährlichen Fluchtweg einschlagen und keinen Asylantrag stellen. Sie haben, wenn sie hier in Deutschland ankommen, sofortigen Zugang zu Integrations- und Sprachkursen sowie Zugang zum Arbeitsmarkt. Der Flüchtlingsstatus wird durch UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) vergeben.

Um am Resettlement-Programm teilzunehmen, benötigt es jedoch einen Beschluss aus dem jeweiligem Land und den Kommunen. Am 3.11.2011 stimmt der damals noch konservativ geführte Stadtrat äußerst knapp mit 34:33 Stimmen dem Programm zu. Im Dezember desselben Jahres beschloss die Innenministerkonferenz (IMK) jährlich 300 Geflüchtete (für ganz Deutschland...) im Rahmen des Resettlement-Programmes aufzunehmen. Somit waren alle Weichen gestellt und die politische Arbeit der Kampagne zunächst getan. Wie weiter? Um den Geflüchteten das Ankommen



und die Inklusion zu erleichtern, wollten wir die Koordinierung von Patinnen und Paten übernehmen. Denn eine Sache, die auch bei positiv ausfallenden Asylbescheiden in Kraft tritt, ist vielen oft nicht bewusst: wenn der Status geklärt ist, fallen die Geflüchteten aus jeglicher Hilfe von SozialarbeiterInnen aus.

Viel wurde damals versprochen: Eine Arbeitsgruppe sollte gegründet werden, die für ausreichend Beratungs- und Unterstützungsangebote sorgen sollte. Diese tagte einmal. Durch Frau Dr. Kruse, die damalige Integrations- und Ausländerbeauftragte, war es jedoch möglich eine „Paten“-Schulung im Oktober 2012 durchzuführen, kurz bevor die ersten Geflüchteten des Programmes nach Dresden kommen sollten. Dort waren unter anderem Vertretungen vom Ausländerrat Dresden, dem Arbeitsamt und dem Sozialamt. Damals war auffällig, dass die Gruppe aus Paten nur aus Studierenden der Geistes- und So-

zialwissenschaften bestand, was in den Gruppen teilweise nicht so einfach war. Mit der Zeit wurden unsere Paten jedoch immer mehr. Egal ob alt oder jung, Akademiker_in oder Arbeiter_in, viele Menschen kamen zu uns und sagten fast alle das gleiche: Wir wollen helfen. Wir wollen Menschen unterstützen und uns gegen Hetze und Vorurteile stellen. Das war noch lange vor PEGIDA. Der Verdienst, dass so viele neue Menschen kamen, gilt vor allem in der DNN und der SZ, die Berichte über unsere Paten veröffentlichten. Dies war ein großes Glück für uns, da zwischenzeitlich beschlossen wurde, über 20.000 syrische Kriegsflüchtlinge in Deutschland aufzunehmen.

Als PEGIDA langsam erstarkte, kamen plötzlich immer mehr Menschen. Sie wollten diesem rechten Mob etwas entgegensetzen und andere Bilder aus Dresden aussenden, anstatt der wöchentlichen Märsche. In dieser Zeit wurde uns immer wieder bewusst ge-

macht, was hinter den Anhänger_innen von PEGIDA steht: Rassismus. Immer wieder wird gesagt: wir haben ja nichts gegen Kriegsflüchtlinge. Warum schreien deren Anhänger, dann syrischen Kriegsflüchtlingen: „PEGIDA lebt“ hinterher? Viele solcher Dinge mussten wir von den Paten erfahren. Aber zum Glück stehen die Geflüchteten in diesen Momenten nicht alleine da und haben Menschen, mit denen sie darüber reden können und die ihnen Mut zusprechen.

Nach 6 Jahren musste nun die Save Me Kampagne aus zeitlichen Gründen eingestellt werden. Wir vier Menschen, die die Kampagne die letzten Jahre geleitet haben, müssen nun auf unsere Abschlüsse und neue Lebenswege konzentrieren. Viel Wehmut ist dabei, aber entweder ganz oder gar nicht.

Doch es endet nicht alles: Frau Dr. Kruse, welche nun im Sozialamt arbeitet, hat mit uns gemeinsam die letzten Jahre ausgemert und versucht nun über die neue Koordinierungsstelle „Ehrenamt Asyl“, die bald besetzt wird, die Kompetenzen der Kampagne und die Erfahrungen weiterzugeben und den Kontakt zu den Paten zu halten.

Ende Juni hatten wir noch unser gemeinsames Abschlusspicknick im Großen Garten, mit Paten, den Geflüchteten und der Kampagne. Es war deutlich zu sehen, wie sehr es alle genossen und sich inzwischen Freundschaften gebildet hatten. Das macht uns, die wir jahrelang ehrenamtlich diese Kampagne geleitet haben, glücklich und stolz.

Inklusion ist möglich – es bedarf nur einer menschenwürdigen Verwaltung und engagierter Mitmenschen.

Refugees welcome oder das Märchen der guten Deutschen

von Max Pagenkopf

Wir schreiben das Jahr 2015. Ganz Deutschland ist mit Freiheit und Gleichheit überzogen. Ganz Deutschland? Nein. Ein Bundesland leistet Widerstand. Sachsen – sogar ein „Freistaat“. Dessen Hauptstadt ist Dresden; ideologisch und politisch. In dieser bildete sich eine Widerstandsbewegung gegen die „links-grün versiffen“ Gutmenschen und die durch das „Finanzjudentum“ durchgesetzte Politik. Dieser Widerstand nennt sich im Namen der deutschen Dichter und Denker PEGIDA.

Doch der Widerstand schwächtelt. Viele selbsternannte Patrioten und Retter der deutschen Kultur haben sich von der Bewegung abgewendet und übrig geblieben ist ein, nun ja, kleiner brauner Haufen.

Überall sterben diese Bewegungen aus oder werden kleiner, aber da erhebt sich Freital. Eine selbsternannte Mehrheit der Stadtgesellschaft begibt sich auf die Straße, um gegen eine Erstaufnahmestelle in einem ehemaligen Hotel zu demonstrieren. Auch Hooligans und rechte Schläger finden sich unter den Demonstrierenden.

Den Geflüchteten stehen zeitweise nur eine Handvoll von Asylunterstützer_innen gegenüber und es wurde mehrfach



Foto: Wilhemine Wulff / pixelio.de

versucht, das Hotel anzugreifen und sich Zugang zu verschaffen. Die meisten Unterstützer_innen sollten sich am 26. Juni in Freital einfinden, da sich das Hip-Hop-Trio Antilopen Gang angekündigt hatte, ein Soli-Konzert zu veranstalten.

Alle wurden dazu aufgerufen Sachspenden mitzubringen, seien es neue Socken oder Spielzeug, um den Kindern die Wartezeit in der Unterkunft erträglicher zu gestalten.

Auf der Gegenveranstaltung wurden unterdessen Hitler-Grüße gezeigt und Hassparolen verbreitet, die auch als Tötungsabsichten verstanden werden konnten. Die Polizei schirmte nur ab und hatte Probleme den Asylunterstützern die Abreise zu gewährleisten, da sich mehrere der Asylgegner dazu entschlossen haben die Abreise zu verhindern und es wurde auch wieder versucht das Hotel anzugreifen.

Inzwischen ist auch in Freital „Ruhe“ eingekehrt, doch dieser „Frieden“ wurde von der Polizei verordnet und scheint äußerst brüchig.

Es ist immer wieder beschämend, wie Menschen, denen ein Leben in Freiheit und Demokratie geschenkt wurde, ihre Rechte nutzen, um anderen Menschen die Rechte abzusprechen.

Wir müssen daher weiterhin zusammenstehen und uns organisieren, dass den Geflüchteten auch eine Chance geboten wird, auch wenn es vielleicht nur eine sehr kurze Zeit ist, in Frieden leben zu können.

Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de



JULI

16 Sitzung des Ortsvorstands Prohlis

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

**Basiskonferenz
DIE LINKE.**

- Auswertung OBM-Wahl
- Auswertung SPT am 07.07.
- Situation im Stadtverband

**31. August | 18 Uhr
Haus der Begegnung****Freihandelsabkommen**

ruf ein Chlorhühnchen mit ihm!
steck in sein gierschmatzendes Maul
Hormonfleisch!
mäste Abkommen
mit XXL-Portionen Genmais zu Tode!
widersetz dich immer größerer
Profit-Völlerei der Konzerne!
Demokratie-Tip:
TTIP bekämpfen!

*Jürgen Riedel, Lyriker***Stolpersteine für Naziopfer**

von Rolf Klemm

Seit meinem Redebeitrag zur Basiskonferenz Mitte 2014 wurden durch den Künstler Gunter Demnig zahlreiche weitere Stolpersteine in unserer Stadt verlegt.

Auf Antrag des Sächsischen Bergsteigerchores Kurt Schlosser e.V. kann jetzt für einen aktiven Dresdner Widerstandskämpfer am Mittwoch, dem 29.09. 2015 an der Leipziger Straße 72, seiner Wohn- und Arbeitsstätte, unter Regie des Vereins Stolpersteine für Dresden e.V. der Stolperstein für Kurt Schlosser gesetzt

AUGUST

03 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93
www.dielinke-efa-dresden.de**06 Fraktionssitzung**

14 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

**Sonder-Stadtratssitzung
Wahl der Beigeordneten
der LH Dresden**

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

**13 Treffen der Linken aus
Loschwitz u. vom Hochland**17 Uhr | Alte Feuerwache Loschwitz
Raum „Trille“ | Fidelio-F.-Finke-Straße 4**17 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |
www.dielinke-efa-dresden.de**24 Bürgersprechstunde der OBR
Blasewitz und Beratung des
Ortsvorstands mit den BO-
Vorsitzenden**18 Uhr | Bürgertreff „Marie“
Breitenauer Str. 17**31 Basiskonferenz
DIE LINKE. Dresden**18 Uhr | Haus der Begegnung |
Großenhainer Str. 93

werden. Außerdem erfolgt eine Würdigung in einer gesonderten Veranstaltung unter Mitwirkung des Chores, der seinen Namen trägt. Näheres zu beiden Veranstaltungen sowie zu Patenschaften kann ab Mitte August beim Vereinsvorsitzenden Ronny Geisler erfragt werden.

Kontakt Ronny Geisler:
8293920/32
Handy: 0172-3473572

SEPTEMBER

01 Fraktionssitzung18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage
Dresdner Rathaus**02 Die Polizei Dein Feind und
Helfer? PolizistInnen unter
Druck**Mit Charles von Denkowski, Crime Prevention
Solutions, Silvio Lang, Bündnis Dresden
Nazifrei

19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

03 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

**07 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |
www.dielinke-efa-dresden.de**15 REIHE: Junge Rosa
Bullenwagen klauen und
Adorno zitieren“**Mit Boris Krumnow, politischer Bildner
18 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21**16 TTIP und die Verbraucher-
rechte**Mit MdB Caren Lay, Verbraucherpolitische
Sprecherin DIE LINKE im Bundestag, Eine
gemeinsame Veranstaltungsreihe der
sächsischen Landesgruppe der Fraktion DIE
LINKE. im Bundestag und der RLS
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21**21 DIE LINKE. Eine für alle!
Dresden**18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |
www.dielinke-efa-dresden.de

**Termin vergessen?
Mail an: Linksblatt@web.de**

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 11

Öffnungszeiten:

Di + Mi:

10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr

Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

**Zeitschriftenabonnements
der Bibliothek:**

Blätter für deutsche und internationale Politik. - Berlin, monatlich;
Sozialismus. Forum für die politische Debatte der Linken. - Hamburg, monatlich;
Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung. - Frankfurt/M., vierteljährlich

**Sommeröffnungszeiten des
Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49**

(Juli/August)

immer Donnerstag 16 bis 17.30 Uhr

**KPF - Kommunistische
Plattform in der LINKEN**jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore**Unsere Genossin Edith Kaubitsch**

verstarb am 13.05.2015 mit 90 Jahren.
Genossin Kaubitsch spendete jeden
Monat 25 Euro extra an unsere Partei.
Wir werden ihr Andenken in Ehren
bewahren.

Genossinnen und Genossen der
BO Otto Buchwitz

Wir trauern um unseren Genossen

Edgar Kolitz

* 10.07.1928 + 22.06.2015

Er war langjähriger Genosse und langjähriges
Mitglied im Bergsteigerchor Kurt Schlosser.
Die BO Otto Buchwitz wird ihn in ehrendem
Gedenken behalten.

Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen

Silvia Ahrens, West
Dirk Albinus, West
Marianne Appelt, Altstadt
Anneliese Auerswald, Prohlis
Walter Battisti, Neustadt
Jürgen Becker, Altstadt
Jutta Betka, Plauen
Tom Beyer, Blasewitz
Torsten Bittermann, Neustadt
Sven Brajer, Neustadt
Dietmar Braune, Prohlis
Helga Böhme, Neustadt
Jessica Börtner, Neustadt
Ursula Büttner, Blasewitz
Barbara Daube, Prohlis
Franziska Fehst, Pieschen
Heinz Fichtner, Prohlis
Waldfried Fielko, Altstadt
Hannelore Sonja Franke, Neustadt
Hans-Jochen Freude, Leuben
Sabine Friedel, Nord
Jürgen Grosche, Altstadt
Gerda Hamann, Altstadt
Benedikt Hanisch, Neustadt
Dieter Haufe, Pieschen

Peter Haupt, Neustadt
Michael Heine, Prohlis
Peter Heinrich, Prohlis
Ingrid Hempel, Leuben
Renate Hoffert, Plauen
Klaus Hoffmann, Plauen
Gisela Hornig, Plauen
Enrico Hörnig
Dieter Jagusch, Leuben
Vera Jahn, Altstadt
Dr. Annelore Junge, Blasewitz
Lutz Junghanns, Plauen
Heinz Kaiser, Neustadt
Steffen Kaiser, Nord
Wolfgang Kaiser, Neustadt
Rosemarie Kathert, West
Dr. Kris Kaufmann, Plauen
Dietherr Keil-Schmidt, Prohlis
Gudrun Kensy, Altstadt
Sabine Kiok, Leuben
Heinz Kipping, Plauen
Mdl Annekatriin Klepsch, Neustadt
Wladimir Knapp, Altstadt
Edgar Kolitz, Altstadt
Doris Kraft, Blasewitz

Werner Krause, Altstadt
Kerstin Kretschmer, Plauen
Sascha Krüger, Altstadt
Margarete Kurfürst, Plauen
Ingrid Körner, Prohlis
Gunild Lattmann-Kretschmer, Leuben
Hubert Lehmann, Plauen
Christian Leuschner, Prohlis
Tom Leyser, Pieschen
Hans-Joachim Manns, West
Bernhard Mende, Neustadt
Inge Micek, Pieschen
Hans-Jürgen Muskulus, Altstadt
Ursula Männchen, Altstadt
Christoph Möbius, Pieschen
Maik Münster, West
Gudrun Oehler, Neustadt
Karl-Heinz Reutermann, Altstadt
Andreas Richter, Neustadt
Klaus Riedel, Blasewitz
Uwe Rost, Pieschen
Thomas Räncker, West
Reinhard Sandrock, Leuben
Maja Schalk, Blasewitz
Wladimir Schalk, Blasewitz

Wolfgang Scheder, West
Gisela Schikora, Prohlis
Dr. rer. nat. Thomas Schikora, Prohlis
Tanja Schilling, Blasewitz
Manfred Schreyer, West
Rosmarie Schubert, Altstadt
Rainer Schulze, Blasewitz
Marianne Schweiger, Prohlis
Klaudia Schönherr, West
Prof. Dr. Siegfried Schönherr, Blasewitz
Erika Speidel, West
Petra Sprenger, West
Ursula Stieler, Altstadt
Monika Strobel, Neustadt
Johanna Sturm, Neustadt
Karsten Thürling, Neustadt
Dr.-Ing. Harald Vogel, Prohlis
Gerold Wagner, Plauen
Jan-Henning Julian Wessels, Plauen
Edmund Will, Plauen
Dr. Peter Winkelmann, West
Karina von Kurnatowski, Plauen

BRN: Wie geht's weiter?

von Max Kretzschmar und Susann Dietzschold

Quo vadis? Wie geht es weiter für die Bunte Republik Neustadt, bleibt als Frage nach der diesjährigen BRN am vorletzten Juniwochenende weiterhin offen. Unter diesem Titel hatte die Schwafelrunde, die Gruppe der wesentlichen Veranstalter der BRN, am 8. Juli eingeladen, um über die Zukunft der Bunte Republik Neustadt zu diskutieren. Hauptpunkt für eine Neuorientierung nach einer durch die Schwafelrunde anvisierten Pause ist die anhaltende Kritik am Charakter der BRN, die durch

eine stetige Kommerzialisierung immer mehr Anwohnerinnen und Anwohner zur Flucht nötigt, statt zum Mitmachen und damit auch zunehmend die Kultur verdrängt, die durch kommerzielle Bierwagen und Imbiss-Stände ersetzt wird.

Vor und in der Wir AG gab es wie in den Vorjahren die tolle Kooperation u.a. mit Infoständen der Linksjugend und von Afropa und in diesem Jahr am Freitagabend die Ausstellungseröffnung zu Flucht und Asyl mit Katja Kipping.

Diese Ausstellung ist Teil der Willkommensstour der Landtagsfraktion, mit der sich die linken Landtagsabgeordneten in ganz Sachsen vor Ort über die konkreten Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden informieren. Das gemeinsame Frühstück am Sonntagmorgen auf der Straße ist eine wunderbare Tradition der Neustädterinnen und Neustädter, in der Wir AG gabs dieses leckere Buffett als veganen Brunch. Und auch die Piraten haben zur BRN wieder an allen drei Tagen vor und

in ihrer Geschäftsstelle in der Kamenzer Straße einen Kinderstand gehabt mit Planschbecken, Zuckerwatte, Dosen werfen, Kreidemalereien, Piratenluftsäbeln und einer Kindertoilette. Sonntag um 18 Uhr gab es noch eine große Wasserbomben-Schlacht für Groß und Klein, die trotz des durchwachsenen Wetters auf großes Zuspruch stieß und in den nächsten Jahren unter Einbeziehung der Anwohner ausgeweitet werden soll

Auf Tour durch Rheinland-Pfalz

Vom 17.07.2015 bis 22.07.2015 wird Dr. Cornelia Ernst der Einladung der Landesgruppe RLP der LINKEN Bundestagsfraktion folgen und verschiedene Städte in Rheinland-Pfalz besuchen.

Der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit Genossinnen und Genossen wird im Vordergrund stehen. In Gesprächen mit Aktiven der LINKEN wird sich Conny Ernst über Projekte und Initiativen informieren, die von LINKEN gegründet wurden oder in denen LINKEN federführende Rollen spielen. Die strukturellen Problemlagen und Konflikte in der Asylarbeit im Land, den Landkreisen und den Kommunen werden bei Treffen mit Fachleuten und Ehrenamtlichen erörtert werden.

Der Beauftragte für Migrationsarbeit der evangelischen Landeskirche, Herr Reinhard Schott, die Germersheimer Initiative „Cross borders“, das

Mainzer „Save-me“-Projekt, das Café Asyl in Hermeskeil und INFRA Pistoriegasse e. V. in Speyer freuen sich in diesem Zusammenhang über den Besuch aus dem Europaparlament und haben gerne Termine zugesagt.

Bei der am 02. Juli im Deutschen Bundestag beschlossenen Asylrechtsverschärfung ist ein neuer Tiefpunkt beim Abbau von Flüchtlingsrechten erreicht. Der Fokus des Mainzer Bureaus auf die Flüchtlingsarbeit in RLP verlangt dass Conny Ernst sich auch in Rheinland-Pfalz entsprechend äußert und Kritik an der Flüchtlingspolitik der EU und der Bundesrepublik formuliert.

In Mainz wird im Rahmen des Sommerfestes der LINKEN Mainz und Wiesbaden die Eröffnung des Europabüros Mainz nachgeholt werden. Ein weiterer Aspekt dem beim Besuch in RLP Rechnung getragen wird, ist das



490. Gedenkjahr des pfälzischen Bauernkrieges. Beim der Führung durch das Bauernkriegsmuseum in Landau-Nußdorf werden wir uns von Museumsleiter Rolf Übel die damaligen Ereignisse und wichtiger noch, über die Forderungen der Bauern, die sog. „Zwölf Artikel“ erklären lassen. Der Versuch, die Feudalherrschaft zu bezwingen scheiterte seinerzeit, doch die politische Brisanz der Forderungen im Kontext der aktuellen Lage in der EU dürften spannende Impulse und Ableitungen bieten.

Bei diesem regelrechten Marathon von Fachgesprächen, Bürgergesprächen, Infoständen und Abendveranstaltungen

wird es für die Menschen in Rheinland-Pfalz reichlich Möglichkeit geben das Gespräch mit Conny Ernst zu suchen um ihre Anliegen und Ideen zur europäischen Union mitzuteilen und weiterzugeben. Die Abendveranstaltungen werden dem thematischen Dreiklang „Refugees welcome? – Griechenland aktuell – TTIP stoppen“ folgen.

„Ich freue mich darauf an Rhein und Mosel zu Gast sein zu können. Gerade jetzt, da in Griechenland für die Europäische Union zukunftssträchtige Ereignisse schiefer im Minutentakt geschehen, TTIP-Aufklärung gar nicht genug in den Kommunen gemacht werden kann und Asylbewerber_innen überall in Europa und seinen Grenzen jede helfende Hand brauchen, ist es von großer Bedeutung auch in Rheinland-Pfalz für linke Positionen zu werben und diese mit den Menschen zu diskutieren“, so Cornelia Ernst am Vorabend ihrer Tour.

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Auf diesem Wege möchte ich den zahlreichen Anwesenden der Kubaveranstaltung und den in Vorbereitung und Durchführung Engagierten, die zum Gelingen des Abends und der anschließenden Fragestunde beitrugen, Dank sagen. Unser Referent, Herr Luis Ernesto Morejon, ging in seinen Ausführungen auf die Befürchtungen und Chancen, die im Annäherungsprozess Kubas mit den USA liegen, ein. Morejon betonte, dass die wichtigsten Forderungen Kubas in diesem Prozess die Aufhebung der Blockade, die Rückgabe des Stützpunktes Guantanamo und das Einstellen der bezahlten Medienlügen sind. Er betonte, dass er durch die gezielten Fragen der Anwesenden auf Menschen getroffen ist, die sich mit dem innen- und außenpolitischen Weg der Republik und ihrem Wirken in den Latein- und Karibischen Staatenbündnissen beschäftigen. Fragen zu evtl. Rückforderungen wurden gestellt, die im Annäherungsprozess eine Rolle spielen könnten. Zur Umgestaltung der Landwirtschaft ergänzte Jörg Rückmann die Ausführungen des 1. Sekretärs und Miriam Näther von Cuba Si Berlin dolmetschte mit Bravour die Übersetzungen.

Herr Morejon bedankte sich bei allen für die anhaltende Solidarität mit seinem Land, ohne welche die Spezialperiode der Revolution kaum zu meistern gewesen wäre und betonte: „Solidarität heißt für uns zu teilen, was wir haben und nicht zu geben, was übrig ist!“

Genosse Alfred Müller unterstrich in seiner Diskussion die uneingeschränkte

Solidarität des revolutionären Kubas seit seinem Bestehen gegenüber in Not geratenen Völkern und kritisierte die noch unzureichende finanzielle und materielle Unterstützung durch sich links bezeichnende Menschen.

Unseren Gründungsmitglieder der AG, den GenossInnen Dr. Rolf Oehler, Ursula Loll und Karin Schilling dankten wir für ihre Aktivität seit 22 Jahren und ganz besonders Genossen Alfred Müller, der durch seine unermüdliche Aktivität ca. 1.000 Euro pro Jahr für die solidarischen Projekte sammelt.

Herr Morejon bedankte sich für die Einladung nach Dresden und brachte zum Ausdruck, dass ihm die Atmosphäre der Veranstaltung sehr gefallen hat und er gern einer weiteren Einladung Folge leistet.

Ergebnisse der Sammlungen

Finanzielle Spenden:
• 125 Euro wurden zur Kubaveranstaltung gespendet und
• 461 Euro insgesamt am 04.06.2015 zur Sammlung, wobei die aktiven Spender Gen. Rolf Oehler anlässlich seines Geburtstagsjubiläums und Alfred Müller mit 220.- Euro Sammelspenden beitrugen.

Sachspenden: 2 Fahrräder der Familie Schalk und 6 Fahrräder vom Projekt A u L, 3 Rollstühle, diverse Unterarmstützen und Rollatoren vom Sanihaus Pulsnitz, 6 Kisten Bett- u. Haushaltswäsche vorwiegend durch Ursula Loll gesammelt, 4 Kisten Hygiene- und Waschmittel, 1 K. Arbeitsschuhe, 1 K.

Brillen und Hörgeräte, 1K. Nähmaterial, 1 Schlafdecke, 1 Kiste Büromaterial, Schreibtischlampen, Aktentasche.

Achtung:

Eine kleine Schneidergenossenschaft von Frauen produziert in Havanna kubanische Designs und benötigt Schmuckknöpfe, kleine attraktive Stoffreste, Häkel- und Filetgarne, die dazugehörigen Nadeln, Haken, Schnallen zur Verzierung der Produkte. Vielleicht könnten wir ihnen eine Kiste zur Sammlung packen!

Die AG Cuba Si Dresden wird sich ab sofort mit den Freidenkern und Rotfüchsen koordinieren und auf deren Vorträge aufmerksam machen. www.sachsen-freidenker.org Johannstädter Kulturtreff e.V. Elisenstr.35 /01307 DD; Rotfüchse: Veranstaltungen d. Regionalgruppe in der Drogenmühle Heidenau, Dresdner Str. 26 Thema: „Volkerrecht in den gegenwärtigen internat. Auseinandersetzungen“ Ref.: Prof. Horst Schneider T.: 08.08.015 um 10 Uhr/ „Drogenmühle“.

Der Kampf der griechischen Regierung für eine gerechte solidarische Lösung der Schuldenkrise geht weiter. DIE Europäische LINKE muss sich endlich an die organisatorische Spitze des Kampfes für ein solidarisches und gerechtes Europa stellen und zu Solidaritätsdemonstrationen allerorts aufrufen (Gemäß der Konferenz der Völker von Lateinamerika/Karibik und Europas im Juni 2015)!

Saludos solidarios!

Spendenkonto:

DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Sammlungen 2015

05. März,
04. Juni,
03. September,
03. Dezember



Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Sarah Buddeberg, Jens Matthijs

Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Sarah Buddeberg, Eva-Maria Stange, Magnus Hecht, Uwe Baumgarten, Rolf Klemm, Franziska Fehst, Max Pagenkopf, Katja Kipping, Ursula Zierz, Pia Barkow, Dr. Cornelia Ernst, Sarah Buddeberg, Susann Dietzschold, Max Kretzschmar, Martina Michels, Karlheinz Kathert, Jens Matthijs
Fotos: Pixelio.de, Jürgen Czytrich, Uwe Schaarschmidt
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Wer viel hat, dem wird gegeben

Die Ergebnisse einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung der Freien Universität Berlin: Die Riester-Rente ist sozialpolitisch unsinnig und privilegiert die ohnehin Privilegierten. Auch hier zeigt sich: Wer viel hat, dem wird gegeben.

von Katja Kipping

Beschäftigte mit geringem Einkommen erhalten lediglich sieben Prozent der Riester-Fördergelder, während mehr als eine Milliarde Euro an Beschäftigte ausbezahlt wurden, die mehr als 60.000 Euro netto im Jahr verdienen. Dass „Riester“ im Alter nicht vor Armut schützt, ist hinlänglich bekannt. Mit der vom DIW veröffentlichten Studie wird einmal mehr deutlich, dass das von rot-grün eingeführte private Aufstocker-Modell eine Verschwendung von Steuergeld und schädlich für das Gemeinwohl ist. Die Riester-Rente ist nicht nur sozialpolitisch unsinnig, sondern sogar gefährlich. Denn sie gaukelt Sicherheit vor, wo keine ist. Das Drei-Säulen-Prinzip von gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge ist gescheitert.

In spätestens 15 Jahren droht ein massiver Anstieg von Altersarmut, von dem Frauen insgesamt noch stärker betroffen sein werden. Die Große Koalition wird daran nichts ändern.

Die gesetzliche Rentenversicherung aber muss dringend so wiederhergestellt werden, dass sie den Lebensstandard sichert und vor Altersarmut schützt. Ohne ein ausreichendes Rentenniveau werden auch Menschen mit guten Löhnen keine

guten Renten erhalten. Das weiß auch die SPD – und dennoch hält sie am Kurs des weiter sinkenden Rentenniveaus fest.

Das altbewährte Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung ist günstiger, effizienter und insgesamt gerechter. Mit dem Geld, das seit Jahren in die Riester-Verträge mit der Finanzwirtschaft fließt, ließe sich beispielsweise gewährleisten, dass auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, drei Rentenpunkte anerkannt werden. Bisher erhalten Eltern von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, nur zwei Rentenpunkte, was eine klare Benachteiligung für diese Mütter und Väter bedeutet.

Freilich: Gelohnt hat sich die Einführung der geförderten, kapitalgedeckten Altersvorsorge dennoch: für die Banken und Versicherungen. Die langen vor allen Dingen bei den Gebühren

für die Verträge und deren Verwaltung ordentlich hin. Bis zu 16,5% der staatlichen Förderung holen sie sich über diese Gebühren ab, wie die Zeitschrift „Ökotest“ herausfand. Bei inzwischen über 16 Millionen abgeschlossenen Riester-Verträgen ein prima Geschäft mit Verträgen, deren Rendite immer noch recht überschaubar ist und die gerade bei Geringverdienern auf Grund der geringen Einzahlungsbeträge noch weniger bringt, als die Prozente vermuten lassen. Auch gut im Geschäft: der Fiskus. Über den werden zwar die Zulagen zunächst finanziert – allerdings holt er sich auch davon in der Auszahlungsperiode einen Teil zurück, denn die Riesterrente ist einkommensteuerpflichtig.

Und auf die Idee muss man erst mal kommen: Private Altersvorsorge zunächst steuerlich begünstigen, um die Menschen an die Banken und Versi-

cherungen zu vermitteln – und sich dann den Vorteil teilweise zurückzuholen – selbstverständlich nicht von den Banken und Versicherungen.

Bleibt vielleicht noch zu erwähnen, womit der Namensgeber dieser Altersvorsorge nach seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag seine Zeit verbringt: 2009 wurde Walter Riester Aufsichtsrat der Union Asset Management Holding AG, eines der größten Anbieter für Riester-Renten-Verträge. Vergoldet wurde ihm sein politisches Engagement allerdings schon in seiner Zeit im Deutschen Bundestag. Insgesamt 404.000 Euro, so fand die Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International“ heraus, hatte Riester während seiner Zeit als Abgeordneter für Vorträge bei Versicherungsfirmen kassiert. Dass darunter auch Carsten Maschmeyers AWD war, nimmt dann nur noch resigniert zur Kenntnis.

www.katja-kipping.de



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de

Im Scherbenhaufen zur Demokratie zurückfinden

von Martina Michels

Am 8. Juli erlebte ich eine turbulente Debatte im Europäischen Parlament. Die politischen Parteien prallten aufeinander. Zu Gast war Alexis Tsipras, der mit sagenhafter Geduld und Offenheit, zwei Tage nach dem Rücktritt von Yannis Varoufakis sein entscheidendes Verhandlungsziel im Konflikt mit den Gläubigern darlegte. Es ging grundsätzlich um die Umstrukturierung der Schuldenlast, um einen konstruktiven Schuldenerlass, auf dessen Basis Investitionen möglich werden. Es ging darum, dass eine tragfähige ökonomische Erholung und soziale Gesundung seines Landes überhaupt wieder in Gang käme. Endlich war die Debatte dort angekommen, wo sie hingehört: In den öffentlichen parlamentarischen Raum.

Was sich Tsipras nach seiner Rede zum Teil anhören musste, war entweder verbohrt Ideologie oder geschah wieder besseren Wissens. Nicht alle Parlamentarier konnten zugeben, dass die prekäre Lage Griechenlands, mit verursacht von den Vorgängerregierungen zu allererst Ausdruck einer völlig irrwitzigen europäischen Kürzungspolitik ist. Doch es gab in dieser demokratischen Debatte natürlich auch Stimmen des Zuspruchs und der ehrlichen Auseinandersetzung um solidarische Auswege von Grünen, Linken bis hinein ins liberale Lager. Die Chancen von SYRIZA, die als junges plurales Parteienprojekt in die Regierungsverantwortung katapultiert wurde und dort auf eine korrupte und marode Verwaltung und eine erpresserische Eurogruppe traf, waren nie üppig. Das NEIN aus dem Referendum der Grie-

chinnen und Griechen galt den absurden „Rettungspaketen“. Doch es war zugleich ein Ja zu einer europäischen gemeinsamen Lösung. Es galt einer unbestimmten Hoffnung, dass die Ideen der Aufklärung, die auch die europäische Integration immer vor sich hertrug: Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Krisenzeiten wachgerufen werden könnten.

Ende der Demokratie?

Das darauf folgende Wochenende und der Montag, der 13. Juli, haben diese schmalen Hoffnungen bitter enttäuscht und das abrupte Ende jeglicher Naivität über die Kräfteverhältnisse in der EU eingeläutet. Die Verhandlungsführung der Eurogruppe, insbesondere von deutscher Seite, hat zwar weit über Europa hinaus Entsetzen hervorgerufen. Doch nicht einmal der Aufschrei des Italienischen Premiers Renzi: „Genug ist Genug!“, die Abwehr des französischen Premiers Hollande und anderer gegen den deutschen Vorschlag für einen Grexit auf Zeit, konnten die Drohgebärden für ein Europa unter deutscher Vorherrschaft bremsen. Die Einigung vom Montagmorgen glich einem Testament der Angst vor dem endgültigen Scheitern der EU.

Mit ihrem Grexitvorschlag auf Zeit wurde Griechenland schon zu Verhandlungsbeginn der Stuhl vor die Tür gestellt und plötzlich standen alle Weichen nur noch auf Schadenbegrenzung. Damit war das eigentliche Ziel von Schäuble und Merkel offengelegt. Mehr als fragwürdig dabei auch die Mitwisserschaft von Gabriel. Das Verhandlungsergebnis konnte



zwar manche geplanten Grausamkeiten abfedern. Aber wenn die Gesetze künftig vor der Beratung im griechischen Parlament durch die EU-Institutionen abgesegnet werden müssen, dann ist das eine neuzeitliche Version eines Protektorats und an der Grenze des Annehmbaren für die gewählte Regierung eines Landes.

Spätestens mit dieser Machtdemonstration wurde klar, es lag in den vergangenen Monaten weder an Varoufakis, noch an dem mangelnden Entgegenkommen der griechischen Regierung, dass bisher keine Einigung zwischen Griechenland und den anderen Ländern der Eurozone zustande kam. Es war und ist eine Machtdemonstration der Interessensvertreterinnen und Vertreter der Finanzmärkte, der marktradikalen Politikerinnen und Politiker mit dem Exportweltmeister Deutschland an der Spitze, die in einer Nacht die Europäische Integration ideell ausgehöhlt und derzeitige Chancen für ein demokratisches, soziales und weltoffenes Europa in einem abscheulichen Machtpoker vernichtet haben.

Dass diesen Antieuropäern zugleich als Retter des deutschen Wohlstandes zugejubelt wird, während zeitgleich einmal mehr die Asylgesetze verschärft wurden, ist für viele Menschen eine existenzielle Tragödie und zeigt zum anderen die reale Schwäche der Europäischen politischen und gesellschaftlichen Linken.

Quo vadis EU?

Was Griechenland mit dem fortgesetzten Kürzungs- und Privatisierungsdiktat angetan wird, tut sich ganz Europa letztlich selbst an. Und wir erleben Vergleichbares zurzeit auch bei vielen anderen europäischen Debatten, sei es die Empfehlungen des Parlaments zu TTIP, die Flüchtlingspolitik oder das Urheberrecht. Überall regiert eine radikale Marktlogik und permanent erleben wir einen Totalausfall der Europäischen Sozialdemokratie. Wo ist das Europäische Parlament, das einstmals beherzt und global denkend ACTA ablehnte?

Wir müssen als bündnis- und kooperationsfähige Linke den Diskussions- und Entscheidungsraum im Europaparlament, so wie ich ihn am letzten Mittwoch erlebte, stärken: Innerhalb und selbstverständlich mit viel Druck von außen. Die offen zu Tage liegenden Konstruktionsfehler der EU brauchen mehr denn je linke Alternativen.

Martina Michels, MdEP, ist Mitglied der GUE/NGL

Foto: Gerd Fischer / pixelio.de

www.martina-michels.de